

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1953.

Dienstag, den 21. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1954.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 28 M. für ein Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter mit Illustrationen 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zustellungsstellen. Unter Bezugnahme auf Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Blatt.

#### Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Noch einmal Serbenheze.

Die „Kölnische Zeitung“ entrüstet sich hoch darüber, daß wir die gemeingefährliche Art, mit der sie einem überhöhten schwarzgelben Chauvinismus aus Anlaß des Attentats von Serajewo sekundierte, geziemend angenagelt haben:

Angesichts der unerhört zynischen Äußerungen der serbischen Presse über das Attentat wagt es das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, von einer Hoch gegen Serbien zu reden, wenn von deutscher Seite nur festgestellt wird, daß Österreich-Ungarn gegenüber diesem Teil des Slawentums die politische Kultur Europas vertritt.

Ueber die politische Kultur, die von den k. k. Machthabern in den unterdrückten slawischen Provinzen der Monarchie vertreten wird, kann man füglich zweierlei Meinung sein, aber daß es Serbenheze ist, wenn man unter Aufstachelung schwarzgelber Kriegsgelüste das ganze serbische Volk, ehe man noch Einzelheiten kennt, für das Attentat einiger Fanatiker verantwortlich macht, darüber sollte eigentlich die Meinung ungeteilt sein.

Indessen hat die „Kölnische“ einigermaßen recht, sich zu beklagen: wenn gegen Serbien hegende Scheime zu hängen waren, so kam sie nicht als erste in Betracht, denn von den berufsmäßigen Hehlblättern vom Schlege der „Deutschen Tageszeitung“ ganz zu schweigen, betreibt auch ein Blatt wie die „Vossische Zeitung“, die sich immer noch fortschrittlich nennt, die plumpe chauvinistische Serbenheze unter großer Vergewaltigung der geschichtlichen Wahrheit.

Die Tante Boh stellte nämlich sofort nach dem Attentat schlankweg die Behauptung auf, daß Bomben in der serbischen Auslandspolitik ein sehr wichtiger Faktor seien, und berief sich zum Beweis auf die im Cottinjer Hochverratsprozeß von 1908 abgegebene Zeugenaussage und auf die später erschienenen Proschüren des „großserbischen Verschwörers“ Rastitsch. In Wahrheit ist dieser Rastitsch weder ein Großserbe noch ein Verschwörer, sondern ein ganz gewöhnlicher Polizeispibel. Aus Serajewo stammend, war Rastitsch nach Abschließung des Gymnasiums an der Wiener Universität eingeschrieben, hielt es aber bald schon für rätlicher und einträglicher, in den Sold der bosnischen Polizei zu treten! In ihrem Dienst entfaltete er bei verschiedenen Demonstrationen in der bosnischen Hauptstadt eine rege und erfolgreiche Tätigkeit als Spion: er brüllte, durch die Gulden- und Kronenstücke in seiner Tasche „begeistert“, laut: „Es lebe König Peter!“ und hatte die Freude, zu sehen und zu hören, wie Wildemonstranten in den Ruf einstimmten. Die anderen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, gegen ihn warf man eine Geldstrafe aus, die — natürlich! — nie bezahlt wurde. Aber auch ein Rastitsch wächst mit seinen höheren Zwecken: im Dezember 1906 wurde er pro forma aus Bosnien ausgewiesen und erschien in Belgrad, wo ihm eine Flugchrift „Die Jesuiten in Bosnien“ Zutritt zu den Kreisen des „Slovenski Jug“ (Slowenischer Süden) verschaffte. Das Organ der fortschrittlich-kroatischen Partei, „Bokret“, behauptete später, kein Wort der Flugchrift rühre von Rastitsch selber her, sondern er habe die Druckbogen von einem Agenten der bosnischen Regierung erhalten, die ihren Zweck durch eine solche Flugchrift in Serbien zu nützen glaubte. Durch seinen Verkehr mit den Mitgliedern des „Slovenski Jug“ will nun Rastitsch all die „Tatfachen“ erlauft und erfahren haben, auf die heute die „Tante Boh Stein und Bein schwört. Angeblich, weil man den revolutionären Terrorismus nicht auf Bosnien beschränken, sondern auch auf Montenegro ausdehnen wollte, kehrte der „Verschwörer“ im September 1907 nach Bosnien zurück, um schon im November desselben Jahres — der montenegrinische Ministerpräsident Dr. Tomonowitsch gab es selbst zu — munter mit der montenegrinischen Geheimpolizei unter einer Decke zu stehen. Belastungszeuge in dem berüchtigten Cottinjer Hochverratsprozeß und von der montenegrinischen Regierung mit 4000 Kronen entlohnt, kehrte er wieder in seine Heimat zurück und speiste die Militärbehörde für klingende Münze mit geheimen Informationen. Aber für noch Größeres hatten die k. k. Machthaber diesen grübelwahnwitzigen Lumpen aufgearbeitet, den ein mit Namensunterschrift versehenen Bericht des Blattes „Erbobran“ ohne Folgen der Spionage, des Betrugs und des Diebstahls zieh: die Annexion von Bosnien und Herzegowina stand vor der Tür, und um ihre Notwendigkeit dem erstaunten Europa zu beweisen, bedurfte man einer „großserbischen Verschwörung“. Sie zu liefern, war Rastitsch die geeignete, kostbare Persönlichkeit. Im Juli 1908 veröffentlichte er eine Proschüre „Finale“, in der er von Wählereien in Bosnien berichtete, die in Belgrader Regierungskreisen ihren Ursprung hätten, und von Bomben, die ihm aus dem Kraginewater Militärarsenal geliefert worden seien. Die Schrift wimmelte von Schießereien und Unmöglichkeit, eine Behauptung darin hob die andere auf, und was dokumentarisch beigebracht wurde, das Statut einer terroristischen Organisation, entworfen von dem serbischen Major Milan Pribitschewitsch, der jetzt auch im Zusammenhang mit dem Serajewoer Attentat erwähnt wird, sprach höchstens für die gänzliche Wirrköpfigkeit eines einzelnen, aber nicht für die verbrecherischen Pläne eines Ver-

schwörerbundes. Doch für die k. k. Machthaber genügte dieses „Material“. Der Polizeichef von Kroatien, Sportschitz, schloß den ehrenwerten Rastitsch inbrünstig an sein Herz und fuhr mit ihm von Budapest nach Wien und von dort nach Karam. Gleich darauf begannen die Verhaftungen angeblicher „großserbischer Verschwörer“ und im Frühjahr 1909 hub in Karam der große Hochverratsprozeß gegen 53 österreichisch-ungarische Staatsbürger serbischen Stammes an: der einzige Zeuge, der von Beziehungen der Angeklagten — persönlich kannte er nur drei! — zu Belgrad auszusagen wußte, war Rastitsch! Und nach monatelanger Verhandlung, die reich an Rechtsbrüchen gegen die Angeklagten und an Vergewaltigungen der Verteidigung war, wurden 184 Jahre Gefängnis verhängt, eigentlich nur auf das Zeugnis dieses dunklen Ehrenmannes hin, von dessen moralischen Eigenschaften selbst Professor Friedjung, gleichfalls Anhänger des Glaubens an eine großserbische Verschwörungspolitik, schrieb:

Es ist ein trauriges Handwerk, das dieser Rastitsch betrieb, und man kann den Mann nur mit Handschuh, besser mit der Feuerzange anfassen. Daß die montenegrinische Regierung den an seinen Genossen verübten Verrat mit Geld belohnte, daraus macht er kein Hehl, und wenn er leugnet, von dem Vanus von Kroatien gleichfalls Bezahlung erhalten zu haben, so mag dies glauben, wer will.

Daß dieser saubere Rastitsch mit seinem ganzen Schwindel just in der „Vossischen Zeitung“ fröhliche Urständ feierte, ist bezeichnend, aber erscheint vielleicht nicht so merkwürdig, wenn man sich erinnert, daß eine gewisse schwarzgelbe Journalistik die „Vossin“ mit Vorliebe als reichsdeutsche Ablagerungsstätte ihrer Lügen benützt. Auch die Schauer- und Latarennachricht von der Entmannung des Konstus Prohaska in Prizrend fand sich zuerst wo? In der „Vossischen“! Es ist, möchte man mit Professor Friedjung sagen, ein trauriges Handwerk, das dieses Blatt betreibt!

## Die Tuchmacher-Ausperrung.

Es ist schon heute eine nicht mehr zu bestreitende Tatsache, daß sich die Unternehmerorganisation in der Niederlausitzer Tuchindustrie mit ihrer brutalen Gewaltaktion gegen ihre Arbeiter gründlich verrechnet hat. Sobiell haben einige Unternehmer schon laut werden lassen, daß sie mit einer Ausperrung nicht ernstlich gerechnet haben. Es sollte die Androhung der Ausperrung nur ein blinder Schreckhaß sein; es ist aber zum nicht geringen Schrecken vieler, insbesondere kleiner Unternehmer, ein scharfer Schuß geworden. Die Unternehmer hatten damit gerechnet, daß, wenn sie wieder wie 1910, den Lohnabhängigen markieren, vor allem, wenn sie fest auftreten, die Arbeiter wieder alles aufgeben würden. Nun ist es aber anders gekommen und da hängen schon gar viele Unternehmer die Köpfe. Als in einem Orte die Arbeiter die Blumentöpfe mit aus der Fabrik nahmen, da hat der Unternehmer ein sehr betrübtes Gesicht gemacht und gesagt, nein, das sehe ja gerade so aus, als wenn seine lieben Arbeiter für immer ausgehen wollten.

Besonders übel daran sind die Militärtauchfabriken. Die Militärverwaltung verlangt eine neue Herde für Militärtauche. Die Fabrikanten sind in Berlin gewesen und mit dem Bescheide nach Hause gekommen, daß sie sofort liefern möchten. Und anstatt nun flott zu arbeiten, wirft man die Leute aus den Fabriken hinaus. Scharf geschädigt werden die Betriebe in Spremberg. Die Spremberger Industrie hatte früher einen großen Export nach dem Wallon. Durch den Krieg ist er verloren gegangen. Im vergangenen Jahre herrschte eine schwere Krise. Und nun, wo das Geschäft aufging zu gehen, verlangt der Fabrikantenverein, die Arbeiter zu entlassen.

Mag die Ausperrung ausgehen wie sie will, sie muß mit einem Riesennachteil für Unternehmer enden. Die Verdrücktheit dieser Aktion der Unternehmer tritt drastisch zutage, wenn man die Bilanz der Ausperrung aufstellt. Da erscheint auf der einen Seite der Ausschüttung die Forderung der Forster Walker mit im Höchstfalle 200 M. pro Woche. Und auf der anderen Seite erscheint der riesige Schaden, den das Unternehmertum im besonderen und die Niederlausitzer Tuchindustrie im allgemeinen durch die Ausperrung erleidet. 30 000 Arbeiter sind ausgesperrt. Wie aus verschiedenen Äußerungen in der vergangenen Zeit zu entnehmen ist, rechnen die Unternehmer pro Jahr und Arbeiter mit einem Mindestreingewinn von durchschnittlich 600 M. In Jahren guter Konjunktur werden es durchschnittlich 1000 M. Nehmen wir nur einen Mindestreingewinn von 600 M. pro Arbeiter und Jahr an, so entfällt auf jeden Arbeitstag und Arbeiter 2 M. Durch die Ausperrung der 30 000 Arbeiter gehen also den Unternehmern täglich rund 60 000 M. Gewinn verloren. Eine Woche Ausperrung bringt also einen Gewinnverlust von 6 x 60 000 = 360 000 M. Mit dieser Verlustsumme einer einzigen Woche könnte man die Lohnerhöhung der Forster Walker volle 36 Jahre lang zahlen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Niederlausitzer Tuchunternehmer alles in allem pro Woche einen baren Verlust von 300 000 Mark haben.

Doch das ist ja erst der kleinste Teil des materiellen Schadens, der durch den leichtsinnigen Streich der Unternehmer angerichtet wird. Die 30 000 Arbeiter, die durch diesen Streich der Unter-

nehmer am Werteschaffen verhindert werden, verlieren mindestens täglich 100 000 M. Lohn. Das ist ein Betrag, mit dem die winzige Lohnforderung der Forster Walker für weitere 10 Jahre, gezahlt werden könnte. Mit der Summe des Lohnverlustes und des Verlustes an Unternehmerngewinn einer einzigen Ausperrungswoche, könnte die Lohnforderung der Forster Walker rund 120 Jahre gezahlt werden.

Dazu rechnet man dann noch den kolossalen Verlust jener Erwerbstreife, die indirekt durch die Ausperrung geschädigt werden. Es kommt da besonders die Konfektionsindustrie in Betracht, dann aber auch die Geschäftsleute der Ausperrungsorte.

Wer angesichts dieser Tatsachen nicht zu der Erkenntnis kommt, daß die Ausperrung der 30 000 Tucharbeiter das Verdrückte ist, was bis jetzt auf dem Gebiete der Ausperrungskatzen der Schornmaderverbände geleistet worden ist, der gehört selbst in die Kaltwasserheilanstalt.

Also die Rechnung der Unternehmer ist total falsch, nach jeder Richtung hin; insbesondere auch nach der Richtung, daß sie hoffen, die Arbeiter gegeneinander zu bringen. Die Ausperrung hat die Arbeiterschaft mit wuchtigen Schlägen zur Einheit geschweißt. Die Ausperrung hat die Arbeiter, die noch immer in dem falschen Glauben dahingleben, sie hätten eine Organisation nicht nötig, plötzlich zu der Ueberzeugung gebracht, daß sie sich auf dem falschen Wege befunden haben. Das bewies der glänzende Verlauf der öffentlichen Versammlungen, die am Montag, den 20. Juli, stattfanden. Die größten Lokale konnten die Massen nicht fassen, und die Redner fanden stürmischen Beifall, als sie die Maßnahmen der Unternehmer kritisierten. Ueberall kam zum Ausdruck, daß es die Arbeiterschaft, die ohne Grund auf die Strafe geworfen worden ist, als eine empörende, verabscheuungswürdige Zumutung empfindet, wenn man den unorganisierten Arbeitern angetrotet hat, gelbe Vereine zu gründen und bei derselben Unternehmerorganisation um Unterstützung zu betteln, die eben erst die Arbeiterschaft vor den Wagnen getreten hat. Nein, das Ehrgefühl der Arbeiter ist durch die brutale Behandlung, die ihnen von ihren Unternehmern zuteil geworden ist, aufs tiefste verletzt. Neht zu verlangen, die so empfindlich gekränkten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen dieselbe Unternehmerorganisation um Unterstützung bitten, das ist eine ebenso empörende Zumutung wie jene, die der Abtrichter von Hunden fleht, wenn er verlangt, die Hunde sollen den Stod ablecken, mit dem sie eben furchtbarlich geprügelt worden sind. Nein, jeden Versuch, die durch die Ausperrung zusammengeschweißten Arbeiter durch Gründung gelber Schornmadervereine gegeneinanderzubringen, wird von der Arbeiterschaft energisch zurückgewiesen werden. Die Arbeiter werden sich jetzt die Unternehmer zum Vorbild nehmen, die haben auch nur eine Organisation. Und so solidarisch wie die Unternehmer, so werden von nun an auch die Arbeiter zusammenstehen.

## Sächsische Gewerbeaufsicht.

Die soeben erschienenen Jahresberichte der sächsischen Fabrikinspektoren für 1913 enthalten diesmal nicht lediglich die üblichen Mitteilungen aus den Aufsichtsbezirken. Sie sind vielmehr wesentlich erweitert worden durch die Ergebnisse einer Umfrage über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Heimarbeit und durch umfangreiche statistische Darstellungen mit dazu gehörigen Erläuterungen, die über die Resultate einer Erhebung über Beginn und Ende wie über die Dauer der Arbeitszeit berichten. Außerdem finden wir auch besondere Angaben über die Heberarbeit in der Grobseidenindustrie.

Die sonstige Berichterstattung ist jedoch ganz in der seit Jahren hergebrachten mangelhaften Weise gehalten. Man läßt nicht mehr die einzelnen Fabrikinspektoren direkt zum Wort kommen, sondern arbeitet diese Mitteilungen nach einem Schema für jede Kreishauptmannschaft zusammen. Dadurch hat man zwar eine bessere Uebersicht erreicht, die Berichte aber auch so reduziert, daß nur noch dürftige Angaben übriggeblieben sind. Und dabei genährt man den vielen unwesentlichen Angaben über sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen, alle Betteisuppen, Besonstaltungen wie über die gelben Werbervereine unverhältnismäßig viel Raum, während die Wirksamkeit der Gewerkschaften entweder gar nicht oder doch nur durch eine knapp gehaltene Notiz erwähnt wird. Darauf sind auch die Mitteilungen über Beobachtungen aus dem Wirtschaftsleben und die Existenzverhältnisse der Arbeiter reduziert worden.

Zimmerhin hat sich dadurch nicht ganz verhindern lassen, daß auch die Berichte der sächsischen Gewerbeaufsicht die äußerst ungünstige Geschäftslage im Wirtschaftsleben mit ihren trüben Folgen für die Arbeiterschaft widerpiegeln. Obwohl die verbeerende Krise, die auch jetzt noch ungemindert anhält, erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres im ganzen Umfange auftrat, wurden die Erwerbsverhältnisse der breiten Massen doch schon in hohem Maße in Mitleidenschaft gezogen.

Schon die Arbeiter- und Betriebszählung, die alljährlich am 1. Mai vorgenommen wird, zeitigte bemerkenswerte Ergebnisse. Die Gesamtzahl der Arbeiterschaft hatte sich zwar noch von 806 408 im Jahre 1912 auf 824 161 im Berichtsjahre vermehrt. Aber bei den Arbeiterinnen war eine verhältnismäßig größere Vermehrung eingetreten wie bei den erwachsenen männlichen Arbeitern. Letztere vermehrten sich zwar auch von 487 899 auf 496 835, aber ihr Anteil an der

Gesamtzahl der Arbeiterschaft ging von 60,5 auf 60,3 Prozent zurück, während der Anteil der Arbeiterinnen von 30,8 auf 30,9 Proz. stieg. Somit trat bei den erwachsenen männlichen Arbeitern eine Verminderung um 0,2 Proz., bei den Frauen aber eine Vermehrung um 0,1 Proz. ein. Solche Verschiebungen sind in jeder Wirtschaftskrise zu beobachten. Sie sind darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer sich der teureren Arbeitskraft des Mannes zuerst zu entledigen suchen und erst nachher direkt Frauen einstellen, soweit das möglich ist.

In einigen Bezirken und Industriezweigen, wo die Krise schon früher eingetreten hatte, trat sowohl eine Verminderung der Arbeiterschaft wie der Betriebe ein. So verminderten sich in der Strickerindustrie des Bezirks Auerbach die Betriebe von 3400 auf 3243 und die Arbeiterzahl von 28 280 auf 27 104. Ähnlich war es im Bekleidungsgebiet des Dresdener Kreises, wo sich die Arbeiterschaft um 869 verminderte, und im Baugewerbe desselben Bezirks, wo 897 Arbeiter und 20 Betriebe gezählt wurden. Sonst ist im allgemeinen noch eine Vermehrung der Betriebe von 33 565 auf 35 166 eingetreten.

Die Wirkungen der Krise konnten bei der Arbeiterzahl noch gar nicht statistisch erfasst werden. Denn diese fand ja schon in den ersten Tagen des Monats Mai statt, also zu einer Zeit, wo sich lediglich die ersten Anzeichen eines schlechten Geschäftsganges bemerkbar gemacht hatten. Doch bestärken die sonstigen Mitteilungen der Aufsichtsbeamten, daß die Wirtschaftskrise Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen im großen Umfang gezeitigt hat und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter, die ohnehin durch die hohen Lebensmittelpreise schon herabgedrückt war, noch weiter verschlechtert worden ist.

In der Einleitung des Jahresberichts wird zunächst in zusammenfassender Weise über die Folgen der Wirtschaftskrise also geurteilt: „Die ungünstige Geschäftslage in vielen Betriebszweigen führte nicht nur zu Betriebsbeschränkungen in Gestalt von Verkürzungen der Arbeitszeit und von Feierlichkeiten, sondern leider auch zu Betriebsstellenverlusten und Arbeiterentlassungen.“ Im Anschluß daran wird aus dem Auerbacher Bezirk mitgeteilt, daß dort am 12. Oktober des Berichtsjahres 18 720 Arbeitslose durch eine Zählung ermittelt worden sind. Auch aus dem Dresdener, Leipziger und Waidauer Bezirk wird von Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen berichtet. Es werden auch einige kommunale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit mitgeteilt; dabei hat man doch nicht umhin können, zu erwähnen, daß auch die gewerkschaftlichen Verbände die Arbeitslosen unterstützen haben. Hätte man die Arbeitslosenunterstützung etwas eingehender durch Zahlen illustriert, dann hätte sich mit aller Deutlichkeit ergeben, daß sich neben den großen Summen, die die Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung ausgeben haben, die paar tausend Mark, die einige größere Städte gewährt haben, wie Bettelpfennige ausnehmen. Aber vor solchen zahlenmäßigen Angaben haben sich die sächsischen Fabrikinspektoren gehütet.

Wie schon angedeutet, wird aus den meisten Distrikten von einer Verschlechterung der Lebenshaltung in den unteren Volksschichten berichtet. Wir beschränken uns darauf, die zusammenfassende Beurteilung der Verhältnisse in der Einleitung anzuführen. Es wird hier auf die Einlegung von Feierlichkeiten, Betriebsbeschränkungen und Betriebsstellenverlusten hingewiesen und dann wörtlich ausgeführt: „Lohnhöhungen kommen unter solchen Umständen nur in einzelnen Geschäftszweigen vor. Kürzungen der Lohnsätze und Arbeiterentlassungen wurden zwar im allgemeinen vermieden, aber ganz ohne solche ging es doch nicht ab, und auch sonst machte sich der Einfluß der Betriebsbeschränkungen bei anhaltend hohen Lebensmittelpreisen nur zu deutlich bemerkbar, so daß die wirtschaftliche Lage zahlreicher Arbeiter unverkennbar schlechter war als im Vorjahre.“ Um die Tragweite dieser Feststellung richtig beurteilen zu können, muß man wissen, daß auch im Vorjahre (1912) namentlich infolge der hohen Lebensmittelpreise aus mehreren Bezirken bereits von einer Verschlechterung der Lebenshaltung der unteren Volksschichten berichtet worden ist.

Wie schon angedeutet, ist im Berichtsjahre eine Erhebung über die Verhältnisse bei der Heimarbeit veranstaltet worden. Den Anlaß dazu gab das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911. Die Untersuchungen ergaben, daß vielen Hausgewerbetreibenden das erwähnte Gesetz überhaupt noch nicht bekannt war. Natürlich waren dessen Vorschriften daher auch sehr häufig noch nicht beachtet worden. Nicht selten fehlten die vorgeschriebenen Verzeichnisse der Hausarbeiter noch gänzlich. Die vorgenommene Zählung ergab, daß in Sachsen 11 100 Ausgeber von Heimarbeit und 185 000 Heimarbeiter vorhanden sind, die sich auf verschiedene Produktionszweige verteilen, von denen jedoch die Stricker und Spachtelware mit 33 000 Heimarbeitern am stärksten vertreten war; in den verschiedenen Branchen der Hausweberei sind 28 000, in der Stricker- und Wäckererei 24 000, bei der Blumenfabrikation 19 000, in den übrigen Zweigen weniger Hausarbeiter beschäftigt.

Die Berichterstatter sind sichtlich bemüht, die Verhältnisse in der Heimarbeit so günstig wie möglich zu schildern. Vom Lohn wird gesagt, daß er ebenso wie die Arbeitszeit in recht weiten Grenzen schwankt, doch muß zugegeben werden, daß er im allgemeinen geringer wie in den Fabrikbetrieben ist, obwohl die Heimarbeiter die eigene Wohnung benutzen und oft zum Suchen der Arbeit und auch das Werkzeug selbst zu beschaffen haben. Die Inspektion für Chemnitz II hat sich bemüht, die Löhne bei der Heimarbeit genauer festzustellen und durchschnittliche Sätze für die einzelnen Zweige zu berechnen. Danach ist er am höchsten bei den Strumpfwärterinnen, die 15 bis 25 Pf. in der Stunde verdienen sollen, in den übrigen Branchen soll er 10 bis 15, teils auch bis 20 Pf. und 25 Pf. pro Stunde betragen; die Webeschürftendenknüpfer erreichen jedoch nur Stundenlöhne von 6 bis 10 Pf., während die Spitzenlöplerinnen gar nur 4 bis 6 Pf. die Stunde verdienen.

Von der Arbeitszeit in der Heimindustrie sagt der Chemnitzer Bericht, sie sei hauptsächlich „nur bei solchen Hausarbeiten ungewöhnlich lange, die durch die Heimarbeit den einzigen Lebensunterhalt haben.“ Es sind Zigarrenarbeiter besucht worden, die von früh 5 bis 10 Uhr abends und auch Sonntags arbeiteten, Hausweberei, die von früh 7 Uhr bis abends 11 Uhr, und Sandschuhmacherinnen, die von früh 5 Uhr bis abends 10 Uhr tätig waren. Welche Hungerlöhne durch diese übermenschlich lange Schinderei erzielt werden, wird zwar für den einzelnen Fall nicht mitgeteilt, das läßt sich aber nach den Angaben über die durchschnittlichen Stundenlöhne ungefähr

berechnen. Doch schließlich ist das kaum nötig, denn nur da, wo der Hunger dazu ausreicht, wird die Arbeitszeit so mörderisch lang ausgedehnt werden. Daß diese Arbeit in ungeeigneten Räumen hergestellt werden muß, verraten die Angaben über die Wohnungsverhältnisse in der Heimarbeit, trotz aller Versuche, die Sache möglichst günstig darzustellen. Darüber heißt es in der allgemeinen Betrachtung über die Ergebnisse der Umfrage: „Die Tätigkeit der Heimarbeiter vollzieht sich gewöhnlich in einem Wohnraum... Im allgemeinen mochten die Räume einen freundlichen, sauberen Eindruck und auch die Arbeit selbst gab kaum Anlaß zu Bedenken. Allerdings gab es auch Beschäftigungsarten, bei denen ein Vorgehen auf Grund von § 6 und 10 des Hausarbeitsgesetzes in Betracht kam, z. B. bei der Herstellung von Zigarren, beim Binden mit Holzmehleinlagen, bei dem stark staubenden Abreiben von Holzwaren mit Sandpapier, bei der Vornahme von Vortarbeiten und der Bearbeitung von Zelluloidwaren, bei der Lumpenfortriererei und bei der Feuerwerkerei.“

Besonders ungünstig ist es mit den Wohnungsverhältnissen nach einer Schilderung aus dem Waidauer Regierungsbezirk bestellt. Da heißt es: „Die Arbeit wird in der einzigen zur Verfügung stehenden Stube verrichtet, die gleichzeitig als Wohnraum und Küche, mitunter sogar als Schlafraum dient. Natürlich halten sich auch die Kinder in allen Lebensaltern in der vom Tabakdunst und Staub erfüllten Luft auf. In einem Falle traf die Gewerbeaufsichtsbeamtin beim Tabakfabrikanten zwei sieben- bis achtjährige schwächliche Knaben, deren Vater und fünfzehnjährige Schwester etwa ein Jahr vorher an Lungenerkrankung gestorben waren.“ Welches Elend entbillen diese Heilen!

An anderer Stelle wird noch berichtet, daß die bei der Lumpenfortriererei tätigen Kinder häufig an Ekzemen erkrankten, die sich an Mund und Nase und an den Geschlechtsstellen bildeten. Das Bild ist auch in der Färbung der sächsischen Verichterstattung wahrlich noch trüb genug.

Die umfangreichen Erhebungen über die Arbeitszeit, worüber die Mitteilungen fast 200 Seiten des Berichts in Anspruch nehmen, können nur kurz erwähnt werden. Solche Untersuchungen wurden bereits im Jahre 1896, also vor 17 Jahren, im Chemnitzer Bezirke einmal angestellt. Vergleiche mit jenem Ergebnis lassen allerdings erkennen, daß seit dieser Zeit die Arbeitsdauer eine erhebliche Verkürzung erfahren hat. Es sei nur erwähnt, daß 1896 nach 6 Uhr früh nur 15 Proz. der Betriebe ihre Tätigkeit aufgenommen, 1913 aber 40 Proz. Nach 6 Uhr abends war vor 17 Jahren in 60 Proz. aller Betriebe erst Schluss, 1913 nur noch bei Knapp 20 Proz. Nach den Vergleichen läßt sich wohl annehmen, daß seit 1896 die tägliche Arbeitszeit im Durchschnitt um 1 bis 1½ Stunde gekürzt worden ist. Im übrigen müssen wir uns auf einige Angaben über die ermittelte wöchentliche Arbeitsdauer beschränken. Sie betrug bei 8 Proz. der männlichen Arbeiter 48 Stunden und weniger, mehr als 48 bis 54 Stunden waren 18,2 der Arbeiter tätig, 54 bis 56 Stunden 11,8 Proz., 56 bis 58 Stunden 25,4 Proz., 58 bis 60 Stunden 32 Proz., 60 bis 66 Stunden 11,4 Proz. Bei einer Anzahl Arbeiter war die Arbeitszeit unbestimmt. Von den Frauen arbeiteten 48 bis 54 Stunden 14,4 Proz. und 54 bis 58 Stunden 85,6 Proz. Hier ist namentlich infolge der inzwischen eingetretenen gesetzlichen Vorschriften die Arbeitszeit in den letzten 17 Jahren noch mehr verkürzt worden wie bei den Männern, die sich seither, abgesehen von einigen Berufen, in der Hauptsache bei dem Kampfe gegen die schrankenlose Ausbeutung nur auf ihre Organisation stützen konnten. Sie hat ihm zwar Erfolge gezeitigt, doch im Durchschnitt bei weitem noch nicht in dem Maße, das gefordert werden muß, wenn den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet werden soll.

## Der Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands.

Ein bedeutsamer Schritt zur Einigung der Sozialdemokratie Rußlands.

Die vom Internationalen Bureau einberufene Konferenz der Sozialdemokratie Rußlands hat, wie wir schon kurz mitgeteilt haben, am 16., 17. und 18. Juli in Brüssel stattgefunden. Die Beteiligung war eine sehr starke: sämtliche sozialdemokratischen Richtungen und Gruppen aus Rußland und Polen haben sich vertreten lassen und alle bekannten Führer der Bewegung: Plechanow, Rosa Luxemburg, Paul Axelrod waren anwesend. Das Exekutivkomitee, die Genossen Vandervelde, Anseele und Gysmans leiteten die Verhandlungen. Vom Internationalen Bureau waren erschienen Karl Kautsky für Deutschland, Kemez für die tschechische Sozialdemokratie und Rudanowitsch für die Gruppe der russischen Sozialisten-Revolutionäre. Die bedeutsame Sitzung, die bei aller Gründlichkeit und Leidenschaftlichkeit der Debatten in würdigen und kameradschaftlichen Formen verlaufen ist, hat Resultate gezeitigt, die als ausgezeichnete Vorarbeit für den bevorstehenden Kongreß in Wien bei dem Exekutivkomitee wie bei den anwesenden Mitgliedern des Internationalen Bureaus das Gefühl der größten Befriedigung und Hoffnung für die Sache der Einigkeit in Rußland zurückgelassen haben. Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen soll vom Exekutivkomitee vorbereitet und möglichst bald herausgegeben werden. Die beiden zum Schluß angenommenen Resolutionen lassen wir im Wortlaut folgen.

Die erste, auf Rußland bezügliche Resolution, die von sämtlichen Gruppen — bei zwei Enthaltungen seitens der Lenin-Gruppe und dem Zentralkomitee der russischen Sozialdemokratie — angenommen wurde, lautet:

Das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus ist noch eingehender Anhörung der verschiedenen zu der Konferenz vom 16. d. M. eingeladenen Gruppen zu der Ueberzeugung gelangt, daß heute zwischen ihnen keine tatsächlichen Differenzen bestehen, die groß genug wären, die Fortdauer ihrer Spaltung gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Vorbedingungen der Einigung sind:

1. Alle Gruppen erkennen das bisherige Programm der russischen Sozialdemokratie an und damit natürlich auch diese selbst.
2. Alle Gruppen erklären es für unerlässlich, daß innerhalb der geeinigten Partei die Minorität stets die Beschlüsse der Majorität als verbindend anerkennt für die Aktionen der Partei.
3. Die Organisation der Partei muß heute notwendigerweise geheim sein.
4. Die Tätigkeit aller Parteigenossen, auch in den legalen Organisationen untersteht der Leitung und der Kontrolle der leitenden Parteiorgane.
5. Alle Gruppen lehnen jede Politik des Volls mit bürgerlichen Parteien ab.

5. Alle Gruppen erklären ihre Bereitwilligkeit an einem gemeinsamen Kongreß teilzunehmen, der die heute noch strittigen Fragen der Auslegung des Programms, darunter die der national-kulturellen Autonomie, entscheiden und die Details der Gesamtorganisation der Partei festlegen soll. Dieser Kongreß ist zusammenzubekommen, sobald die Verhältnisse es erlauben.

Was dahin sind für jede politische Tätigkeit der Parteimitglieder die Beschlüsse der vergangenen Parteitage und Konferenzen der Gesamtpartei maßgebend, die vor der Spaltung stattgefunden haben, ebenso wie die Beschlüsse der internationalen Kongresse.

Das Internationale Bureau fordert heute schon alle einzelnen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Gruppen Rußlands auf, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzutreten, ohne sich durch abmahnende Stimmen geheimer Feinde der Einigung stören zu lassen.

Die gemeinsame Aktion der Massen gegen die gemeinsamen Feinde des Proletariats wird der wirksamste Weg sein, alle Sonderbestrebungen zu überwinden.

Das Internationale Bureau lehnt es ab, die Beschuldigungen zu prüfen, die die Vergangenheit der einzelnen Gruppen Rußlands betreffen. Es ist dazu nicht kompetent auf Grund der Londoner Resolution, es erklärt aber auch dieses Wühlen in der Vergangenheit für unfruchtbar, ja schädlich, weil es ein Mittel ist Elemente zu trennen, die durch ihre Auffassungen der Gegenwart und ihre Ziele der Zukunft zusammengehören. Die Gegenwart ist günstig, großes in Rußland zu leisten, wenn das Klassenbewußtsein des Proletariats einig und geschlossen vorgeht. Der revolutionäre Marxismus erfordert heute in Rußland durchaus nicht die Spaltung, sondern umgekehrt wird er am besten geübt bei der Einigkeit. Man kann kein schlimmeres Verbrechen am russischen Proletariat begehen, als wenn man die Zusammenfassung seiner verschiedenen Gruppen zu einem einheitlichen Körper hindert und stört.

Proletariat Rußlands, vereinigt euch!  
Die zweite auf Polen bezügliche und einstimmig angenommene Resolution lautet:

Das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus erwartet, daß die Einigkeit zwischen der Sozialdemokratie Polens und Litauens und der P. P. S. (Lewija) baldigst verwirklicht wird und hofft, daß sich in dem von den beiden Parteien beschlossenen Meinungsaustausch das Vorhandensein einer gemeinsamen Auffassung ihres Programms und ihrer Taktik herausstellen wird. Was den inneren Konflikt im Schoße der Sozialdemokratie Polens und Litauens betrifft, so ist das Exekutivkomitee der Auffassung, daß derselbe in einer vernünftigen Frist beigelegt werden muß. Die beiden Seiten werden dem Internationalen Sekretariat einen Bericht über die Streitigkeiten, jede von ihrem besonderen Standpunkt, einreichen, und dieser Bericht wird den Mitgliedern des Internationalen Bureaus übermittelt werden, damit diese bei ihrer nächsten Zusammenkunft in Wien ihr endgültiges Urteil abgeben.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus stellt fest, daß es im Schoße der Sozialdemokratie Polens und Litauens keine prinzipiellen oder tatsächlichen Differenzen gibt, die die Spaltung rechtfertigen könnten und fordert die polnischen Genossen auf, die Einigkeit sobald als möglich zu verwirklichen.

Die russischen und polnischen Delegierten bereiteten zum Schluß eine begeisterte Ovation dem Exekutivkomitee, insbesondere dem Genossen Vandervelde, dessen unermüdete und nach allen Seiten gleich liebenswürdige Leitung außerordentlich viel zu dem fruchtbringenden Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen beigetragen hat.

## Politische Uebersicht.

### Massenanlagen.

Der seltsame Versuch, aus der in der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin vom 14. Juni angenommenen Massenstreik-Resolution der Genossin Luxemburg eine Anklage zu begründen, wird fortgesetzt. Die Aktion geht dahin, sowohl die rednerische Empfehlung wie die Zustimmung zu der Resolution unter Anklage zu stellen. Jetzt ist Genosse Ledebour nach beiden Richtungen hin vernommen, nachdem vor ihm die Genossin Luxemburg, Rosenfeld, Adena, Barth (Kautskis) bereits vernommen waren. Die staatsgefährliche Resolution lautete: „Die Erklärung des preussischen Polizeiministers am 18. Mai im Abgeordnetenhaus, wie der ganze bisherige Verlauf des Wahlrechtskampfes hat klar bewiesen, daß einzig und allein der höchste Druck des Volkswillens, daß nur der Massenstreik dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag. Jetzt hat die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung begonnen, die in Berlin wie in ganz Preußen mit steigender Wucht weitergeführt werden muß. Die Verbandsgeneralversammlung fordert die Genossen und Genossinnen von Groß-Berlin auf, mit allen Kräften in Werkstätten, Kaffeehäusern, in allen Zusammenkünften dafür zu agitieren, daß der Wille und die Bereitschaft der Massen zur höchsten Machtausübung in Preußen sobald wie möglich zur Tat wird.“

Wagt die Staatsanwaltschaft wirklich, diese Resolution, ihre Begründung, ihre Empfehlung oder ihre Billigung durch Zustimmung sei strafbar? Wenn ja, dann muß sie natürlich gegen alle Missetäter vorgehen. Sie ist ja zur Anklage verpflichtet. Sie müßte also gegen ziemlich sämtliche Teilnehmer an der Verbandsgeneralversammlung ihre Verfolgung richten, ja gegen Hunderttausende noch darüber hinaus. Uns könnte das recht sein. Je größer die Zahl der Angeklagten, desto größer die Blamage der Anklagebehörde und die Empörung über das Dreiklassenwahlrecht. Wie wäre es übrigens mit einer Ausdehnung der Anklage auf die Anhänger des preussischen Dreiklassenwahlrechts als die eigentlichen Aufreiter zum Massenstreik?

Auch auf anderen Gebieten ist der staatsanwaltschaftliche Eifer reger und treibt absonderliche Wägen. So sind jüngst unsere verantwortlichen Redakteure Dr. Ernst Meyer und Alfred Wielepp wegen der Artikel „Seinache Kriegsminister und sonst noch was“ in Nr. 154 und „Reichsverbandshauptling und sonst noch was“ in Nr. 186 des „Vorwärts“ vernommen worden. Die Artikel handeln von dem Titelschacher seiner Exzellenz des Generals von Bindenau und des Hauptmannablers des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Dr. Franz Ludwig.

Handelt es sich um eine Verfolgung der Titelschacher? Keineswegs. Das Verfahren richtet sich gegen die Enthüller und Beurteiler dieser Korruption, gegen den Genossen Dr. Karl Liebknecht und unsere Redakteure, die die Liebknechtischen Artikel verantwortlich zeichneten. Ihnen wird zur Last gelegt — eine Verteidigung des gesamten Staatsministeriums und im speziellen des Kultusministeriums. Dann, so deduziert wohl die Staatsanwaltschaft: was die Artikel vom Titelschacher behaupten, ist wahr, also könnte jemand auf den Gedanken kommen, das Staatsministerium habe den Schacher gebilligt, mithin werden nicht Dr. Ludwig und Genossen, nicht die Helfershelfer des Generals v. Bindenau, sondern der „Vorwärts“ angeklagt.

Die Justiz hat in 25 Jahren seltsam zugeleert. Damals kam durch eine Zivillage zur öffentlichen Kenntnis, daß ein Herr gegen Zahlung ein Notariat und eine Richterernennung für zwei Brüder Gerstel verprochen und durchgeführt habe. Damals noch wurde gegen diesen Herrn die Anklage betrieben. Sie führte aber zu keiner

Anklageerhebung, weil der Herr nachweisen konnte, daß er glauben durfte, seine Bemühungen hätten den behaupteten Erfolg gehabt. Seine Klage freilich auf Zahlung der vereinbarten Gebühr wurde abgewiesen, weil das Honorarversprechen gegen die guten Sitten verstieß. Jetzt geht man lieber gegen die Veröffentlichung der unlauteren Nachrichten vor. Warum nicht gegen die Titelschacherer und ihre Hintermänner?

### Das Verbot des Moralunterrichts in Bayern.

Unmittelbar nach seiner Ankündigung in der Kammer der Reichsräte hat Herr v. Arnim, der bayerische Kultusminister, wie bereits kurz erwähnt, den Erlaß veröffentlicht, in dem die Anstalten für freireligiösen Unterricht in München, Nürnberg, Augsburg, Jülich, Ludwigshafen, Landau, Schweinfurt und Frankfurt aufgehoben werden. Das Interessante an diesem wortreichen Erlaß ist, daß er offensichtlich die juristischen Fakultätsgutachten verschweigt. Die nach den Darlegungen des Ministers vor den Reichsräten die Handhabe der Beseitigung jenes Moralunterrichts geben sollen; die Art, in der um sie herumgeredet wird, läßt keinen Zweifel darüber, daß diese Gutachter sehr erheblich von einander abweichen müssen und in Wirklichkeit das Vorgehen des Ministers nicht im vollen Umfang decken. Charakteristisch ist auch, daß in dem Erlaß kein einziger Vorwurf gegen das erhoben wird, was tatsächlich in dem freireligiösen Unterricht den Kindern vorgetragen wurde; lediglich werden einzelne Äußerungen in Schriften über diesen Unterricht zitiert. „Nach dieser Methode“, bemerken die „Münch. N. Nachr.“ mit Recht, „siehe sich mit leichter Mühe auch der katholische und der protestantische Religionsunterricht beanstanden. Man brauchte, nur zitierten, was orthodoxe Gelehrte haben und drücken gelegentlich in ihren nicht für den Religionsunterricht in Betracht kommenden Schriften produziert haben und worüber mit mindestens dem gleichen Recht zu sagen ist, daß es sich mit dem Staat nicht verträgt.“

Die schwarze Presse begrüßt natürlich das Vorgehen des Kultusministers aufs lebhafteste. Aber befriedigt ist sie noch nicht. Sie verlangt, wie es auch schon in der Reichsratskammer zum Ausdruck kam, aufs dringendste, daß die Kinder fortan auch zwangsweise dem konfessionellen Religionsunterricht zugeführt werden sollen. Die Erklärung des Ministers, daß zu einem derartigen Zwang die gesetzliche Handhabe fehle, will sie nicht gelten lassen. Wie lange wird es dauern, so wird das Zentrum auch diesen Wunsch erfüllt sehen. Die Reaktion in Bayern macht unausgesetzt Fortschritte.

### Der fatale Erlaß des Kriegsministers.

Vor einigen Tagen konnte unser Hamburger Parteiblatt, das „Echo“, einen Erlaß des preussischen Kriegsministers an die Truppenkommandanten veröffentlichen, in dem demgegenüber wird, daß die von den militärischen Gerichten gegen Soldatengehörige vielfach erkannten Strafen nicht im Einklang stehen mit dem Willen der höheren Stellen und viel zu milde beurteilt worden sind. Zum Schluß heißt es in dem Erlaß, daß nur die vollständigste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen nach ihrer vollen Schärfe das schwere Vergehen der systematischen Mißhandlung auszureiten geeignet sei.

Der Erlaß wurde erst in diesen Tagen, kurz nach dem Luxemburg-Prozess bekannt; dieser Prozess wurde daher vielfach als der Anlaß zu diesem neuesten Erlaß gegen die Soldatensünder angesehen. Die halbamtliche Presse bemerkt sich nun, die Unrichtigkeit dieser Annahme darzutun. So bemerkt der „Berl. Lokal-Anzeiger“ zu dem in Umfragen wiedergegebenen Kundgebung des Kriegsministers: „Die in der sozialdemokratischen Presse ausgesprochene Ansicht, daß dieser Erlaß (des Kriegsministers) an die General-Kommandeure vom 22. Mai) auf die Entlassungen im Kavaleries-Luxemburg-Prozess zurückzuführen sei, entspricht nicht den Tatsachen, da dieser Prozess ja sehr viel später verhandelt worden ist. Die Anordnungen zum Erlaß der Verfügungen sind vielmehr nach unseren Ermittlungen bereits am 12. April d. J. getroffen worden.“

Um so schlimmer erscheint uns jetzt die Inzenerierung des Luxemburg-Prozesses, da, wie der Erlaß zeigt, noch in jüngster Zeit selbst die höchste militärische Stelle gegen die Ueberhandnahme und die milde Beurteilung der Soldatenmißhandlungen einschreiten mußte! Warum hat man den Erlaß so geheim gehalten? Die Veröffentlichung des Erlasses ist jetzt den Militaristen offenbar sehr fatal.

### Freisinn und Dänekette.

Eins hatte bislang noch gefehlt: daß der Freisinn sich für die Dänenverfolgung in der Nordmark einsetzt. Jetzt ist es auch so weit. Während die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere Freisinnsoorgane noch wegen der Rassenausweisungen, die neuerdings wieder in Schleswig-Holstein erfolgt sind, in Entschiedenheit machen, ist das „Hamburger Fremdenblatt“ schon glücklicherweise so weit, der neuesten Verschärfung der preussischen Dänenpolitik seinen Beifall zu spenden. Es schreibt über den Oberpräsidenten v. Bülow, der für die Politik in der Nordmark verantwortlich ist:

„Er hat sich in dem aufreißenden Kampf um die Verteidigung des nord-schleswigschen Deutschthums überzeugen müssen, daß die Politik des weiten Reichs keine Feindschaft gegen die Dänen und keine Dänekette sein darf, die die Deutschen in der Nordmark den Dänen verfeindlich gegenüberstellt, sondern umgekehrt die Dänen die Jugendlichkeit des ungetheilten Schleswig-Holsteins zum Deutschen Reich nicht anerkennen wollen. Daß also die Politik des Reichs nicht die Dänen, sondern die Angreifer. So ist es also die Schuld der Dänen, wenn die „unerschließliche“ Behandlung der Staatsbürger, von der Herr v. Bülow 1907 sprach, ihm selber unmöglich gemacht worden ist dadurch, daß die „Südboten“ sich bis auf den heutigen Tag nur mit verstärkter Hartnäckigkeit von uns unterscheiden wollen. Unterschiedlos aber werden alle Bestrebungen, die mit hochverrätherischen Wünschen spielen, eine energische Abwehr erfahren müssen. Das ist keine Knebelung und keine Verdrückung, sondern das einfache Gebot der Staatserhaltung und der Gerechtigkeit.“

Wie lange wird es dauern, bis das Hamburger Freisinnblatt Nachfolge findet? Der Freisinn wird immer „regierungsfeindlicher“.

### Der Todesmarsch des Obersten von Reuter.

Von dem Todesmarsch, den Anfang voriger Woche der Babener Oberst v. Reuter seinem Regiment zugemutet hat, hat der offiziöse Dementierapparat nicht viel übrig gelassen. Es sollten nur ein paar Mann infolge der Hitze schlapp geworden sein und der Tod eines Mannes, eines Einjährigens, an Diphtherie, sollte mehr ein unglücklicher Zufall als eines Menschen Schuld sein.

Jetzt wird indessen der „Chemnitzer Volksstimme“ ein Brief zur Verfügung gestellt, den ein Soldat des Grenadierregiments Nr. 11, Frankfurt a. O., an seine in einem Leipziger Vorort wohnenden Eltern geschrieben hat. In dem Briefe heißt es:

„Wir hatten gestern, 11. 7., eine Regimentsübung von 40 Kilometern. Da haben 200 Mann schlapp gemacht und zwei Mann sind gestorben. ... Der Oberst will's mit uns wahr-scheinlich machen wie in Babern. Er denkt, die Grenadiere sind seine Pferde, wenigstens hat er gesagt: „Meine Pferde sind noch ganz frisch und die Grenadiere machen schon schlapp!“ Gott sei Dank sind es bloß noch vier Oberst. Wie man sieht, weiß man schon gar nicht mehr, seit Oberst Reuter hier ist.“

Unser Chemnitzer Parteiblatt bemerkt hierzu: „Der Soldat mag zwei Tote statt einen angenommen und darin vielleicht sich geirrt haben. Vielleicht! Denn ob im späteren Verlauf nach dem 40-Kilometermarsch nicht noch Reuter eine größere Anzahl von Todesfällen vorgekommen ist, ist ja nicht bekannt. Im übrigen macht der Brief den Eindruck überwältigender Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit, als das Wort von den Pferden ist zu echter Reuter-Gelt, als daß es erfunden sein könnte. Wie lange gedenkt man noch deutsche Rekruten in der Hand des Mannes zu lassen, der bedauerte, daß er nicht auf die Lacher scharf lachen konnte, denn es leid tat, daß es in Babern nicht zum Blutvergießen gekommen ist!“

### Abgeschüttelt.

Anscheinend offiziös schreibt die „Köln. Zig.“ zu dem Telegramm des Kronprinzen an den Obersten von Reuter:

„In englischen Blättern finden wir Besprechungen dieser Kundgebung, in denen sie uns politisch falsch eingeschätzt zu werden scheint. Angesichts dieser irreführenden Auffassungen englischer Berichterstatter, die anscheinend mit unseren Verhältnissen nicht recht vertraut sind, möchten wir bemerken, daß politische Kundgebungen für Deutschlands amtliche Politik ohne Bedeutung sind.“

Herr Hertel ist in der „Deutschen Tageszeitung“ sehr unglücklich über diese kühle Dusch: „er deutet sie einseitig bösig, unglücklich, andererseits aber mißverständlich“. Wir finden weder das eine noch das andere. Aber wir begreifen trotzdem, daß denen um Hertel die Kitzel des Kölner Blattes sehr unangenehm ist.

### Zur Stichwahl in Sabian-Wehlan.

Bei der Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Königsberg 2 (Sabian-Wehlan) wurden nach amtlicher Feststellung bei 2008 Wahlberechtigten 15 480 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Königlich-Preussischer Abgeordneter Schrewe-Kleinhof (Zaplan) (Deutsch-Konservativ) 7622, Bürgermeister Wagner-Königsberg (fortschrittliche Volkspartei) 6131, Parteiführer Linde-Königsberg (Sozialdemokrat) 2186 Stimmen. Eine Stimme war ungültig. Es findet somit Stichwahl zwischen Schrewe und Wagner statt, die auf den 22. Juli festgesetzt ist.

### Die „nationalen“ Arbeiter gegen das Streikpostenverbot.

Am Sonntag tagten in Dresden die Vertreter der sächsischen „nationalen“ Arbeitervereine. Evangelische, alle christlichen und kirchlich-Denkenden Verbände hatte ihre Delegierten entsandt. Auf der Tagesordnung kam auch der Streikverbot der sächsischen Regierung zur Sprache, der bekanntlich dem Streikpostenverbot auf dem Verordnungsweg ein Ende machen will. Mit einer bemerkenswerten Einigkeit und Entschiedenheit wandten sich selbst die „nationalen“ Organisationen dagegen:

„Der Vertretertag der unabhängigen nationalen Arbeiter- und Gewerkschaften im Königreich Sachsen erklärt in der Streikverordnung der sächsischen Regierung eine schwere wirtschaftliche und soziale Gefahr, weil die Verordnung eine Verschärfung der Arbeitskämpfe im Gefolge haben wird. Selbst bei den größten Lohnbewegungen im Königreich Sachsen waren Ausschreitungen der Streikposten nur in geringem Umfang zu verzeichnen, weil sich deren Tätigkeit in voller Öffentlichkeit abwickelte. Da den im Lohnkampf stehenden Arbeitern in Zukunft dieser Weg so gut wie ganz versperrt ist, wird durch die Verordnung die Tätigkeit der Streikposten der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen. Der Vertretertag ist überzeugt, daß Uebergriffe der Parteien im wirtschaftlichen Kampfe nur gemindert, wenn auch nicht ganz beseitigt werden können, durch Ausbau der Gesetzgebung in der Richtung, daß 1. allen Angestellten, Arbeitern und Unternehmern das Koalitionsrecht in vollem Umfang unter Aufhebung der §§ 162 Abs. 1 und 163 der Gewerbeordnung gewährleistet wird und jede Beschränkung dieses Rechtes durch private Abmachungen unter Strafe gestellt wird, 2. durch Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, 3. durch die Errichtung von Einigungsämtern.“

Die Versammlung nahm dann auch noch eine Resolution gegen die neuen Verbote an, die den „nationalen“ Organisationen schwere Konkurrenz machen. Ueberdies stellte man an die Parteien das Verlangen, bei den kommenden Wahlen Arbeiter als Kandidaten aufzustellen.

Ob all diese Resolutionen viel nutzen werden, muß dahingestellt bleiben. Die praktische Betätigung jener „nationalen“ Verbände ist nicht so, daß man ihren Bestehen woran das Koalitionsrecht und gegen die selben besondere Bedeutung beimessen könnte.

### Eiserne Disziplin bis ins Krankenzimmer.

Der Soldat Lucht vom 103. Infanterie-Regiment war am 25. Juni wegen einer Beinverletzung in die Revierkranke-küche eingeliefert worden, wo ihm eine Schiene nebst Verband angelegt wurde. Der Arzt ordnete an, daß Lucht im Bett bleiben und den Verband nicht abnehmen solle. Weil Lucht aber nach seiner Angabe von der Kompanie seine Mittagessen erhalten und deshalb Hunger hatte, wollte er sich am 27. Juni nach dem Kompanierevier begeben und dort Brot holen. Er verließ das Bett und kletterte sich an der hinfälligen Sanitätsunteroffizier befahl ihm aber — auch im Krankenzimmer hört der militärische Gehorsam nicht auf — sich anzukleiden und wieder ins Bett zu legen. „Ich ziehe mich aus und gehe raus!“ antwortete der Soldat und ließ den Befehl unbesorgt. Im Anschluß daran hat er dann „gemurmelt“. Das „Murmeln“ bestand nämlich darin, daß Lucht sich halblaut mihmutig darüber ausdrückte, daß sich die Kompanie bezüglich des Mittagessens nicht um ihn kümmere. Dabei soll die Stellung nicht stramm und militärisch gewesen sein — bei diesem kranken Soldaten. Der Sanitätsunteroffizier tat noch ein Ärgeres, er demängelte sogar die Kopfhaltung und befahl dem kranken Soldaten, den Kopf höher zu nehmen. Das soll Lucht nicht ordnungsgemäß getan haben. Mit diesen harmlosen Vorgängen war nach militärischen Begriffs eine „schwere Insubordination“ begangen und das Dresdener Kriegsgericht warf dafür die exorbitante Strafe von zwei Monaten Gefängnis aus!

### Chauvinistengekreisch.

Zu der Zeit, wo die deutschen Chauvinisten leider unter dem Beifall sehr hoher Persönlichkeiten an Werke sind, um die europäischen Nationen gegeneinander zu verhetzen, die in ihrem großen Kern absolut friedliebend sind, betreiben auch die französischen Chauvinisten in täppischer Weise die gewerbmäßige Debe. So drabtet der Korrespondent des „Matin“ aus Petersburg allerhand gruselige Geschichten über das russische Stärkeverhältnis und Deutschlands Ohnmacht an sein berüchtigtes Hehlblatt. Die russische Armee umfasse zurzeit 44, demnach 45 Armeekorps, von denen 32 Armeekorps gegen Deutschland und Oesterreich gemorfen werden könnten, während Deutschland nur 6 Armeekorps an die russische Grenze dirigieren könne, da es 19 Armeekorps gegen Frankreich gebrauche. Dank dem ununterbrochenen Bau strategischer Eisenbahnlagen in Rußland könne die russische Mobilisation in 16 Tagen beendet sein usw.

Diese Renommistereien und Drohungen sind zwar ebenso phantastisch wie kindlich, aber wie in Deutschland gibt es ja auch in Frankreich Leute, die sich durch solches Zeug ver-

wirren lassen. Immerhin bedeutet die Friedensdemonstration der französischen Arbeiterschaft, die erst dieser Tage einen wichtigen Ausdruck fand, unendlich mehr als das törichte Geschreibsel übergeschnappter Chauvinisten.

### Vom albanischen Kriegsschauplatz.

#### Neuer Kampf um Durazzo.

Durazzo, 19. Juli. (Nachricht des Wiener K. K. Tel.-Bureau.) Ein gestern abend über eine Stunde andauerndes lebhaftes Gewehr- und Mitrailleurfeuer, in das auch Geschütze mit über 70 Schüssen eingriffen, wurde dadurch verursacht, daß in der Nähe der Vorpostenlinie starke feindliche Patrouillen geschickt wurden, die jedoch alsbald flohen. Vom Feinde wurde sonst keine Spur bemerkt. Gleich nach dem ersten Kanonenschuß wurden von dem österreichischen Kreuzer „Panther“ und dem deutschen Kreuzer „Dreslau“ größere Marineabteilungen geschickt, die sich später wieder zurückzogen.

#### Verhandlungen?

Die Vertreter der sechs Großmächte erwiderten auf die aus dem Schießlager eingetroffene Einladung zu Verhandlungen nach Albanien, daß sie mit der Einleitung von Verhandlungen einverstanden seien, doch müsse als Verhandlungsort Durazzo gewählt werden. Falls die Abgesandten der Austro-slawischen jedoch nicht genügend Vertrauen hätten, nach Durazzo zu kommen, so möchten sie sich am Mittwoch zu dem acht Kilometer östlich an der Mündung von Durazzo gelegenen sogenannten Sasso Bianco begeben, um mit einem Boot auf ein dort liegendes Kriegsschiff gebracht zu werden, wo auch Vertreter der Großmächte sich zu den Verhandlungen einfinden würden.

### Erneute Gegenrevolution in Mexiko.

Wie die letzten Depeschen aus Mexiko melden, hört man dort bereits von einer neuen revolutionären Bewegung. Der General Pascual Orozco ist mit 14 000 Anhängern von der neuen Regierung abgefallen; er wird von dem General Francisco Cardenas unterdrückt. Die beiden Generale bereiten einen Angriff auf den Staat Michoacan vor.

Man meldet weiterhin, daß die gesamten Mitglieder des diplomatischen Korps, die dem Präsidenten Huerta akkreditiert waren, abberufen werden, sobald die provisorische Regierung aufgerichtet sein wird. Der deutsche und der russische Gesandtschaftsträger sind bereits selbst bei ihren Regierungen um Urlaub eingekommen.

### Schweiz.

#### Einführung der Arbeitslosenversicherung in Zürich.

Zürich, 20. Juli. In der gestrigen städtischen Volksabstimmung wurde die Vorlage über die Einführung der Arbeitslosenversicherung mit 13 413 gegen 3525 Stimmen angenommen.

### England.

#### Protest gegen die Homerulekonferenz.

London, 20. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Erklärung Asquiths, daß der König die leitenden Parteiführer zu einer Konferenz berufen habe, auf der die strittigen Punkte der irischen Frage diskutiert werden, hat bei der Mehrheit der Parteien keine günstige Aufnahme gefunden. Die Konservativen versprechen sich nicht viel von der Konferenz. Bei den Iren herrscht große Beunruhigung. Der Ire Sinnel fragte Asquith im Unterhause gerade heraus, welchen Präzedenzfall er anführen könne und welche Autorität er habe, dem Könige zu raten, sich an die Spitze einer Verschwörung zu stellen, um die Beschlüsse des Hauses umzusetzen. Asquith blieb ihm die Antwort schuldig. Die Arbeiterpartei verurteilt das ganze Vorgehen mit der Einmütigkeit des Königs in schärfster Weise und wird einen Protest erlassen. Nach den Ausführungen der „Westminster Gazette“ wird die Konferenz, die morgen unter dem Vorsitz des Speakers im königlichen Palais stattfinden wird, nur der Anfang einer Reihe weiterer Konferenzen sein, in denen die schon eingeleiteten Verhandlungen zwischen den Parteien zum Abschluß gebracht werden sollen.

### Italien.

#### Mahregelungen italienischer Eisenbahner.

Aus Rom wird vom Montag gemeldet: Infolge des Ausstandes der Eisenbahnen im Juni d. J. hat der Generaldirektor der Staatsbahnen folgende Strafmaßnahmen beschlossen: 1. Eisenbahnangestellte verschiedener Kategorien werden für einlassen erklärt, 2. Bahnhofsdienstleistungen, 16 Unterbeamte und 800 Maschinenisten und Heizer werden in eine niedrigere Rangstufe versetzt; bei den übrigen Beamten, die freiwillig an dem Ausstande teilgenommen haben, wird die Erhöhung ihrer Gehälter um sechs Monate bis zu zwei Jahren aufgehoben, oder die Beamten werden sechs bis zwölf Tage vom Dienst suspendiert. Der Verwaltungsrat hat ferner beschlossen, den Beamten, welche ihren Platz nicht verließen und dadurch zeigten, daß die große Mehrheit des Personals treu und Disziplin bewahrt, welche die ersten Grundtagen eines guten Eisenbahndienstes bilden, ein Lob zu erteilen. Auch sollen an diejenigen Angestellten, die an den Orten des Ausstandes erhöhte Arbeit zu leisten hatten, Belohnungen verteilt werden.

### Türkei.

#### Türkische „Reformen“ und Rüstungen.

In der türkischen Kammer wurden von der Regierung langatmige Erklärungen abgegeben über allerhand Reformen, die in Angriff genommen werden sollen. So eine Justizreform, eine Reform des Unterrichtswezens sowie Verbesserungen auf dem Gebiete der Posten und Telegraphen. Daneben aber werde auf dem Gebiete des Rüstungswesens Erhebliches geleistet werden. Die „große und sehr wichtige Militärmission“, die aus Deutschland berufen worden sei, solle so rasch als möglich die Ausbildung und Erziehung der Armee vervollständigen. Sie habe auch bereits mit großem Fleiß ihre Tätigkeit aufgenommen. Ebenso werde der außerordentliche Kredit im Betrage von 8 Millionen Pfund dazu verwendet werden, um das Flottenwesen auszubauen.

Offenlich werden durch die Anstrengungen für den Militarismus und Militarismus die wirtschaftlichen und politischen Reformen, die weitans das Wichtigste sind, nicht allzusehr beeinträchtigt.

### Letzte Nachrichten.

#### Der Riesentrab auf einer Hamburger Weide.

Hamburg, 20. Juli 1914. Die Meldung, daß bei dem Brande auf der Weide von Blohm u. Söh drei Menschen ums Leben gekommen sind, scheint sich glücklicherweise nicht zu bestätigen. Bisher hat man nur einen Kielergeringeren, der sich nicht mehr retten konnte. Ein Mann ist verletzt worden, anscheinend keiner lebensgefährlich. Sieben von ihnen wurden im Krankenhaus behalten.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

## 6 Viertels-Versammlungen.

1. Görlitzer Viertel bei Graumann, Raunowstr. 27.
2. Köpenicker Viertel im Lokal „Südost“, Waldemarstr. 75.
3. Frankfurter Viertel bei Voelker, Weberstr. 17.
4. Stralauer Viertel in den Comeniusfäden, Memeler Straße 67.
5. Petersburger Viertel in den Prachtfäden des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.
6. Landsberger Viertel im „Glycium“, Landsberger Allee 40.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

### 1. Stellungnahme zum Parteitag in Würzburg.

2. Anträge und Vorschläge zur Delegation. 3. Verschiedenes.

Referenten sind: **H. Barenthin, O. Büchner, P. Hoffmann, M. Sassen, A. Wieloch, A. Zeuner.**

Der Vorstand.

#### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters

**Hermann Feldhaus**

sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Herren Kollegen der Mies-Werke und des Metallarbeiterverbandes unseren innigsten Dank.

**Ernst Lichte und Frau**  
geb. Feldhaus.

#### Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters

**Franz Hufen**

sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen des Verstorbenen und der Firma Karl Flohr, unseren herzlichsten Dank.

**Witwe Maria Hufen**  
und Kind.

#### Danksagung.

Sage hiermit allen Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes besten Dank.

**Witwe Emma Kober**  
nebst Tochter.

## Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Morgen Mittwoch, den 22. Juli 1914, abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

### Bauvertrauensmänner - Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Situation auf den Bauten und im Gewerbe im allgemeinen. 2. Sonstiges.

Da sehr wichtige Dinge zu erledigen sind, ist es dringend notwendig, daß sämtliche Bauten vertreten sind. Anfang ganz prägnant.

Der Vorstand.

## Ober- und Nieder-Schöneweide.

Am 22. Juli, abends 8 1/2 Uhr,  
findet im „Schloßpark Wilhelmshof“ eine

### Versammlung

statt, wozu Naturfreunde und Wanderfreunde eingeladen sind.

Tagesordnung: 1. Der Wert des Wanderns für die Arbeiterklasse. 2. Eventuelle Gründung einer Ortsgruppe.

Touristenverein „Die Naturfreunde.“

## Todes-Anzeigen

### Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Freitag, den 17. Juli, verstarb unser Genosse, der Brauereiarbeiter

**Richard Schaaf**  
Pantstraße 67.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des alten Pauls-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.

Bezirk Ober-Schöneweide.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse

**Joseph Modler**  
7. Bezirk

nach langem, schwerem Leiden am Sonnabend, den 18. Juli, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 18. Juli, verstarb unser Mitglied

**Joseph Modler.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Ober-Schöneweide aus statt.

Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am Freitag, den 17. Juli, verstarb unser Parteigenosse

**Johann Kolibay**  
Kogalstr. 40, 15. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

**Berthold Brümmer**  
Lichtenberg, Bartenbergstraße 14

am 17. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Marzahn aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Pfeifler

**Herm. Korth**  
Lichtenberg, Maginiantstraße 17

am 17. d. Mts. an Nervenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des alten Pauls-Kirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Pantow.

Am Sonntag früh verlor nach langem schwerem Leiden unser Genosse, der Schlosser

**Adolf Vrick**  
im 42. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Gansower Friedhofes (Südholz) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

**Anna Duchow**  
geb. Sondershaus

am 19. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Reichshallen-Gemeinde statt.

**Fritz Duchow nebst Sohn.**

### Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

**Franz Lehmann**  
Koffmannstr. 9

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 18 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Juli, abends 7 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeindefriedhofes aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

### Deutscher Banarbeiterverband. Zweigverein Berlin.

Am 18. Juli starb unser Mitglied, der Banarbeiter

**August Ebert**  
(Bezirk Reinickendorf.)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 21. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

148/16 Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Pantow.

Am Sonntag früh verlor nach langem schwerem Leiden unser Genosse, der Schlosser

**Adolf Vrick**  
im 42. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Gansower Friedhofes (Südholz) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

#### Danksagung.

Sage hiermit allen Verwandten und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes besten Dank.

**Witwe Emma Kober**  
nebst Tochter.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 21. Juli 1914.

Anfang 5 Uhr.  
Passage-Theater. Kino-Varieté.  
Potsdamer Naturtheater. III. Potsdam.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deiken. Die Balkäre.

Anfang 8 Uhr.  
Schiller O. Der Postillon von Lonjumeau.  
Berliner. Die einst im Mai.  
Königgrätzer Straße. Fr. Du. Thalia. Wenn der Frühling kommt.  
Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.  
Rosa. Die relegenden Studenten.  
Metropol. Die Reife um die Erde in 40 Tagen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Dresdener Bifflor-Gänger.  
Palast-Theater. Varieté und Nicht-Biele.  
Berliner Prater-Theater. Geigri.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kleines. Der Kled.  
Theater am Nollendorfsplatz.  
Der Juxbaron.  
Wahhalla. Der Hund von Baster-ville.  
Jolies Caprice. Schwache Nerven.  
Eine ruhige Sommerwohnung.  
Verbotene Frucht.  
Lukipielhaus. Die spanische Fliege.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Leutnantsliebchen.

Anfang 9 1/2 Uhr.  
Residenz. Die verlorne Liebe.  
Admiralspalast. Im Tangoklub.  
Eines Nollendorfs-Theater.  
Quo vadis.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Theater in der Königgrätzer Straße  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**

Berliner Theater.  
Zum 288. Male. 8 Uhr:  
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.  
Freitag, Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
**Walküre.**

Theater am Nollendorfsplatz 5.  
8 1/2 Uhr:  
Der Juxbaron.

## Sachse-Oper.

Schiller-Theater O. Theater.  
8 Uhr:  
Der Postillon von Lonjumeau.

Theater a. d. Weidendammerbrücke  
Täglich 8 Uhr, zum 138. Male,  
und 31. Juli zum letzten Male:

Der müde Theodor.

Schwanz m. Gesangs- u. Tanzszenen.  
Theatertemperatur: 15° R.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

### Die relegierten Studenten.

Anfang 8 Uhr.

— Auf der Gartenbühne —  
Rund um die Erde. Hr. Reue.  
Vorher Konzert. Spezialitäten.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

8 1/2 Uhr tgl. d. Operetten-Schlager:  
**Leutnantsliebchen.**

**Voigt-Theater**  
Badstraße 58.  
Erste, sowie täglich:  
Durch fremde Schuld.  
Orig.-Duldschuld mit Gesang u. Tanz  
in 3 Akten von Seelen u. Richter.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kassenerstr. 2 Uhr. Anf. 4 1/2, 11hr.

**Reichshallen-Theater.**  
Gastsp. d. berühmten Dresdner  
**Viktoria-Sänger**  
Für Berlin völlig  
neues Programm.

Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 7 1/2, 11  
Sonntag 1. Aug.:  
Wiederbeginn  
der Solisten der  
Stettiner Sänger.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part.  
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787.

Filiale Berlin. Arbeitnachweis: Hermannstraße 13  
Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

Am Sonnabend, den 25. Juli:

## Großes Sommer-Fest

in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Königsforst,  
bestehend aus: Konzert (Köhng' Berliner Orchester), Berliner Mit-Trio, großem Ball, Gratis-Berlosung für Damen, Kinder-Fadenzug, wozu jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. Beim Fadenzug erhält jedes Kind eine Lüte Bonbon. — Beginn des Konzerts 5 Uhr.

Die Kaffeestunde ist bis 6 Uhr abends geöffnet.

Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. Tanz, sind bei den Bezirksführern sowie im Verbandsbureau, Reichsstraße 28, zu haben. Dasselbe ist geöffnet: Vormittags 8-1 Uhr und nachmittags 4-7 Uhr.

Arbeitslose Mitglieder erhalten ein Herren- und ein Damenbillet am Freitag und Sonnabend im Bureau gratis. — Das Bureau ist am Sonnabend nur bis mittags 1 Uhr geöffnet.

Die Ortsverwaltung.

## URANIA.

Taubenstraße 48/49.

### Geschlossen.

## ZOOLOG ischer Garten

Täglich  
**Gr. Militär-Konzert.**

Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Aquad. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! Neu!  
**AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**Puhmanns Theater**  
Sohnh. Allee 148, Kastanienallee 97/99  
Unter neuer Leitung  
der beliebtesten Direction W. Hermann.  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Zum Schluss: Wo hast du dein  
Weib? Weibchen! Anfang 4 Uhr.

## Admiralspalast.

Eis-Arena.  
Berlins kühler Aufenthalt.  
Abends „Im Tangoklub“  
und „Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Schwache Nerven.  
Eine ruhige Sommerwohnung.  
Verbotene Frucht.

## Passage - Panoptikum.

Lebend!  
Die letzten weiblichen  
**Azteken!**

AGA  
die schwebende Jungfrau.  
Buddhas Geistesartafel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute Dienstag, den 21. Juli 1914:  
**Konzert und Varieté-Vorstellung.**  
Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Varieté 6 Uhr.

Außerdem täglich:  
**Oberbayern.**  
Bayrische Madels. Bayrische Kapellen.  
Morgen Mittwoch: Großes Kinder-Erntefest.  
Voranzeige. Sonnabend, den 25. Juli 1914:  
Großes bayr. Alpenfest: Ein Abend am Schliersee.

Neues Programm!

## Saharet

die australische Tanzdiva  
Perzinas Kaufmanns  
Pagagen Veronacyclo  
Kabarett Truppe

und eine Kette  
hervorragender Künstkraft!

— Rauchen gestattet! —

## Volks-Sinfonie-Konzerte

des Elbthner-Orchesters.  
Dienstag, 21. Juli, Musik-Stadtheater  
Dirigent: Max Wachsmann.  
Mittwoch, 22. Juli, Brauerei Königs-  
Dirigent: Eugen Sauerborn  
Donnerst., 23. Juli, Konzerts. Obigle  
Richard-Wagner-Abend  
Dirigent: Max Wachsmann.  
Freitag, 24. Juli, Berl. Bockbrauerei  
Dirigent: Eugen Sauerborn.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

## Sommertheater „Urania“

Wrangelstr. 11, Nähe Köpenicker Str.  
Täglich erstklass. Varietévorstellung  
Im Garten 2000, im Saal 900 Sitzplätze

Sonnabends und Sonntag: **Ball!**  
Saal für Vereinsbälle festlich.

**Kreuzberg-Festsäle und Garten**  
Bef. Otto Ernert, SW, Kreuzbergstr. 48

Jeden Sonntag:  
**Berliner Späß-  
vögel.** Entree 10 Pf.  
Jeden Mittwoch:  
**Elite Leipziger Sänger.**  
Jeden Freitag:  
Paul Manthey's lust. Sänger.  
Gesp. u. Vortrag, gütig.  
Stets neues Programm!  
Einige Sonnabende und  
Totenfontain an Vereine zu vergeben.

## Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Für den Inhalt der Quartette  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Gewerkschaftliches.

Der Zweck der Gewinnbeteiligung.

Die Gewinnbeteiligung hat sich in der deutschen Industrie bisher nicht durchzusetzen vermocht. Es gibt zwar einige Fabriken, die dieses Mittel kapitalistischer Arbeiterbegünstigung eingeführt haben, aber ihre Zahl ist gering und noch unbedeutender ist die Zahl der davon betroffenen Arbeiter.

In England wird dieses Problem verhältnismäßig aufmerksam studiert und von der Arbeitsabteilung des Board of Trade statistisch überwacht. Nach einem neuerdings von dieser amtlichen Stelle ausgegebenen Bericht haben, wie Dr. Eyd in der „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, bisher im ganzen 296 Betriebe die Gewinnbeteiligung eingeführt; über die Hälfte jedoch, nämlich 163, haben den Versuch wieder aufgegeben.

Die letztere Tatsache beweist bereits, daß die Gewinnbeteiligung in erster Linie von solchen Betrieben aufgenommen worden ist, die unter liberalen Sozialpolitiker neuerdings als „gemeinnützig“ zu bezeichnen pflegen, d. h. von Betrieben, die wegen ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben ein besonderes Interesse daran haben, sich vor plötzlichen Betriebsunterbrechungen durch einen Streik oder dergleichen zu schützen.

Die englische Entwicklung ist in dieser Hinsicht äußerst lehrreich. So ist beispielsweise die erste Einführung des Systems bei der South Metropolitan Gas Company durch den großen Dolarbeiterstreik im Jahre 1889 hervorgerufen worden und, was noch wichtiger ist, in der ersten Sitzung wurde ausdrücklich bestimmt, daß die Gewinnbeteiligung jedem Arbeiter entzogen werden solle, der sich an einem Streik beteilige.

Kleines Feuilleton.

Politische Professoren. Pfarret Raumann veröffentlichte soeben eine Elegie, die das Schwinden des politischen Professors zum Leitmotiv hatte. Man muß einräumen, führte er aus, daß nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Gelehrten selber heute anders aussehen als früher.

Raumann führt dann in dem gut geschriebenen Artikel eine Reihe von Gründen für die traurige Erscheinung an, die sich durchaus nicht uneben lesen und zum Teil auch sicher zutreffen. Den tiefsten Grund des ganzen Elends aber kennt er nicht; wahrscheinlich, weil seine bürgerliche Gewandtheit ihn entweder an der Erkenntnis oder an dem Aussprechen hindert.

Wie die Dinge liegen, könnten politische Professoren nur Vorkämpfer der bürgerlichen Welt sein. Was aber soll die bürgerliche Welt mit Vorkämpfern, wenn sie den Kampf überhaupt aufgegeben hat?

Das Höhenmaß über 6000 Kilometer. Die Amerikaner hoffen bei der großen Weltausstellung in San Franzisko mit einer telephonischen Senfaktion aufwarten zu können: bis dahin gedenkt man nämlich in der Lage zu sein, eine direkte telephonische Verbindung von New York nach San Franzisko zu ermöglichen.

Wie man sich denken kann, haben die befragten Unternehmer, bei denen die Einrichtung gegenwärtig noch besteht, sich über ihre Wirksamkeit überwiegend günstig geäußert. Für sie wird die Gewinnbeteiligung auch meistens beträchtliche Vorteile haben und ein Direktor einer Gasgesellschaft hat auch direkt erklärt, daß sie eine ergiebiger Produktion herbeigeführt habe, während erklärlicherweise nichts von ergiebigeren Lohnsätzen berichtet wird.

Berlin und Umgegend.

Ein arbeitswilliger Revolberheld.

Der arbeitswillige Kraftbroschensführer August Müller aus Steglitz versuchte in Friedenau einen Kollegen zum Streikbruch zu überreden. Ein Droschkenschaffner, der dies beobachtete, machte seinen Kollegen, welcher zum Streikbruch überredet werden sollte, auf die Lohnbewegung aufmerksam.

Deutsches Reich.

Berichtigung: In unserem Sonnabendartikel über die Aussperrung in der Lausitz heißt es an einer Stelle: „Wahrheit ist, daß sich die Wallereiarbeiter mit Jugendsindnissen zufriedengeben hätten, die im Durchschnitt für jeden Arbeiter etwa 4 M. Lohn-erhöhung pro Woche betragen hätten.“

Der Solinger Waffenarbeiterkampf erfolgreich beendet.

Im Laufe des Sonnabends haben die Fabrikantenvereine, eine lombinierte Waffenarbeiterversammlung und die Generalarbeiterammlung des Solinger Industriearbeiterverbandes, wie schon telegraphisch gemeldet, zu den Vorschlägen der Vergleichskammer Stellung genommen und einmütig nachfolgenden Einigungs-vorschlägen zugestimmt:

Zwischen dem Schweißfabrikantenverein und der Schweißbranche des Industriearbeiter-Verbandes wird folgendes vereinbart:

- 1. Streik und Sperre werden zu gleicher Zeit aufgehoben.
2. Die bisherigen Preise bleiben in Kraft.
3. Der Schweißfabrikanten-Verein bildet mit den einzelnen Fachvereinen der Arbeiter eine aus je fünf Personen bestehende Vergleichskammer, welche die Regelung von Streitpunkten und die den beiderseitigen Vereinen obliegenden Verpflichtungen festzusetzen hat.
4. Die Vergleichskammer errichtet ein Statut, welches nach dem Muster des zwischen dem Verbande Solinger Fabrikantenvereine und den in Solingen vertretenen Fachvereinen zu bilden ist.
5. Die Fabrikanten verpflichten sich, ihre Arbeiten nach Möglichkeit im Solinger Industriebezirk machen zu lassen, soweit es sich

eine weitere Verbesserung zu Stande gebracht. Um die Leitungen gegen Induktionseinflüsse oder atmosphärische Störungen zu schützen, legen die amerikanischen Ingenieure die Linie New York-San Franzisko durch unterirdische Kabel. Es ist ihnen auf die Weise gelungen, bereits eine vorzügliche telephonische Verbindung zwischen New York und Denver im Staate Colorado, d. h. über eine Entfernung von 4000 Kilometer herzustellen, und es ist dabei ziemlich wahrscheinlich, daß übers Jahr, wenn die Weltausstellung eröffnet wird, New York und San Franzisko in direktem telephonischen Verkehr stehen werden.

Humor und Satire.

Vorsicht! Dem König von England ist in Glasgow ein ergötzlicher „Anfall“ zugefallen. Bei der Grundsteinlegung zum Rathaus überreichte ihm der Staatssekretär von Schottland das Manuskript der Rede, die der König als Antwort auf die Ansprache des Bürgermeisters vorlesen wollte.

Herr von Bethmann Hollweg, der preussische Ministerpräsident, empfing neulich eine Deputation, die sich herausnahm, in ziemlich unerbittlicher Weise an die versprochene Wahlreform zu erinnern. Auf die Worte des Ehrenbers erwiderte der vielbeschäftigte Staatsmann: „H.!“

Bei der Einweihung des Ronnenlofers in Schwarzenghausen sagte der bayerische Kultusminister: „Ich brauche Ihnen wohl nicht zu versichern, wie sehr und die Verampfung des Geburtenrückganges und der Säuglingssterblichkeit am Herzen liegt. Mögen die jungen Erdenbürger, die in diesem Hause... Vergottsalakament! Das ist ja die Rede, die ich morgen bei der Einweihung des Säuglingsheimes in Kriatz zu halten habe!“

Einem hohen Herrn passierte das Unglück, bei der Taufe eines Prinzensohnes mit folgender Ansprache loszulegen: „Möge dieser stolze Kolos den Ruhm des deutschen Namens über alle Meere tragen. Als ein Sinnbild deutscher Kraft soll er hinausgeschifft in die weite Welt, und indem ich nun diese

nicht um Spezialfällen handelt, in denen auswärtige Industrien einen wesentlichen Vorsprung haben.

Die Verufe der Schweißschleifer, Schweißbärter und Woffen-palsterer verpflichten sich, nur an hiesigen Waffenfabriken zu arbeiten. Dahingegen sollen von diesen Verufen von der Beschäftigung ausgeschlossen sein: Mitglieder, welche gegen die Beschlüsse und Satzungen der Vergleichskammer sowie gegen die jetzt bestehenden Satzungen der in Frage kommenden Fachvereine verstoßen und aus diesen Gründen aus dem Verein ausgeschlossen werden. Den Ausgeschlossenen steht die Berufung an die Vergleichskammer zu.

Diejenigen Arbeitswilligen, welche während des Streiks aus ihren Fachvereinen ausgetreten sind, haben sich innerhalb vier Wochen wieder in ihre Vereine aufnehmen zu lassen.

Regelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

Durch die Annahme dieser Vorschläge, die einen nahezu vollen Sieg der kämpfenden Waffenarbeiter bedeuten, ist die drohende Generalaussperrung vermieden worden und der Kampf in der Waffenbranche nach zwanzigwöchiger Dauer beendet. Die Forderung auf Zahlung der Kriegskosten durch die Fabrikantenvereine wurden fallen gelassen, da die Arbeiter an dieser Forderung die Verhandlungen nicht scheitern lassen wollten.

Sächsische Staatslieferanten.

Die Unternehmer mühen sich im Schweiße ihres Angesichts ab, immer neue Manipulationen gegen die verhassten Gewerkschaften zu erfinden und ihren Arbeitern den Weg zur Organisation zu versperren. Einen ganz besonders schlaun Vlor hat die Firma August Mai, Joh. Ernst Grundmann, Bau- und Kunstschlosserei, Waldenburg i. Sa., ausgedacht. Bei dieser Firma müssen die Arbeiter noch 65 Stunden die Woche arbeiten. Die Arbeiter wollen nun die Firma veranlassen, die Arbeitszeit auf ein menschlich erträgliches Maß herabzusetzen und auch in der Lohnfrage sich mehr modernen Verhältnissen anzupassen.

Verammlichung.

Auf Grund der hinter meinem Rücken stattgefundenen Organisation verbiete ich dieselbe in meinem Betrieb ein für allemal und mache ganz besonders darauf aufmerksam, daß ich jeden sofort entlasse und nach Befinden sofort zur Anzeige bringe, wer zuwiderhandelt.

§ 168 der Gewerbeordnung sagt, daß derjenige mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wird, der andere durch Drohung zwingt oder Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen sucht, an Verabredungen und Vereinbarungen zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder mit einem anderen Arbeiter nicht mehr zusammenarbeiten will, der von derartigen Bestrebungen nichts wissen will.

Das war der erste Schuß der Firma. Die Arbeiter pfiffen darauf und lachen, daß er so gründlich daneben ging. Um so fürchterlicher hat er die deutsche Sprache getroffen. — Die mit solchen Mitteln gegen das Koalitionsrecht arbeitende Firma ist außerordentlich stark mit Staatsaufträgen, namentlich für Kasernenneubauten beauftragt. Dann ist sie allerdings vermöge ihrer feindseligen Stellung zur deutschen Sprache, zum Koalitionsrecht, zu angemessenen Arbeitslöhnen, zu einer anständigen Arbeitszeit — und überhaupt weil sie den Geist der sächsischen Streiterordnung so gut begriffen hat, besonders qualifiziert. . . .

Bayerischer Landesparteitag.

Am Sonnabend traten in Neupfadt a. O. (Walg) die Delegierten der bayerischen Sozialdemokratie zusammen. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Braun-Verlin erschienen. Außerdem waren die Landesorganisationen von Würtemberg (Fischer-Stuttgart), Baden (Geiß-Wannheim) und Elßaß-Lothringen (Schmidt-Strasbourg) vertreten. Ueber die Entfaltung des edelsten Schaumweins an seinem gewaltigen Reibe zerschmettere — — — Ein vielstimmiger Anschlag der verammelten Laufgesellschaft machte den hohen Redner verstummen. Er hatte im Orange der Geshäfte die Laufrede für den neuen Panzerkreuzer mit der Laufrede für den neugeborenen Prinzen verwechselt. (Jugend.)

Notizen.

Porträge. „Der Mond“ lautet das Thema des Vortrages, den Dr. B. Ebert, Privatdozent an der Wiener Universität, im Verein von Freunden der Treprow-Sternwarte am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Treprow-Sternwarte halten wird. — Der päpstliche Empfang des Miralelmannes Bollmüller, der mit allen Mitteln der Anreize bei die Welt hinausposaunt wurde, ist nach den Erkundigungen der „Köln. Volkszeitung“ ein Humbug. Der Hausdichter Reinhardt hat nur an einem allgemeinen Empfang teilgenommen, wozu jeder gutangezogene Europäer leicht kommen kann. Der Papst hat natürlich keine Ahnung davon gehabt, ob Familie Bollmüller oder Familie Buchholz ihn beehrte und sich jeder Nachfrage nach dem Miralelspiel enthalten. Die Zeitungen, die sich zu dieser unbezahlten Bekanthe hergeben, sind gründlich blamiert, was sie aber nicht abhalten wird, auch in Zukunft die Affenklonodie der Personalnotizen aus dem Künstlerleben weiter zu verfolgen.

Eine Volkshochschule, die keinen Bildungssold erhebt. Die Hamburger Volkshochschule, die soeben ihr Vortragsverzeichnis veröffentlicht, hat die vorbildliche Einrichtung, daß sie ihre öffentlichen Vorlesungen für alle über 16 Jahre alten Personen unentgeltlich veranstaltet. Anderswo, z. B. in Berlin, ist man noch lange nicht so weit.

Sie lebet noch! Die Münchener Theaterzensur hat dem Aufführungsverbot von Wedelinds „Simon“ und Himmerls „Kärzliche Welt“ das Verbot von Harry Mahns „Eberucholomodie „Der Ring“ folgen lassen. Als Grund ist Unzüchlichkeit angegeben.

Deutsche Sorgen. Die Patrioten sind in Verklärernis: Als sie nämlich bei einem Vantest in Waldsch den zweiten Vers des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ singen wollten (den sie natürlich nicht auswendig konnten) stand im Liedertert etwas Neues. „Die deutschen Frauen“ und der „deutsche Wein“ waren durch „deutsche Sitte“ und „deutschen Mut“ ersetzt worden. Das kam, weil man den Text vertrauensvoll aus einem Schulliederbuch abgedruckt hatte.

Ein „Heiliger“, der sich selber hiegt. Der russische Wundermönch Kasputin, der u. a. das Wunder fertig brachte, daß im „Lageblatt“ vier verschiedene Fassichten über ihn produziert wurden, lebt also noch. Ja, er geht seiner Vereinerung entgegen und seine Anhänger behaupten: eine so schwere Verletzung hätte kein anderer überstanden. Er hat also an sich selbst Wunder vollbracht, während diese Art „Heilige“ sonst nur an anderen Wunder vollziehen, natürlich nur in dem Sinne, daß sie den Nutzen und die anderen die Mühen davon haben.

Wählung der Parteioffiziere haben folgende Ziffern Aufschluss: Es befinden sich in 649 Orten Organisationen, die einen Mitgliederstand von 91 000 (darunter 9122 weibliche Mitglieder) aufweisen. Nach dem Kassenerbericht betragen die Einnahmen des Landesverbandes 147 084,90 M., die Ausgaben 144 508,89 M. In 85 Orten sind Bildungsschulen vorhanden. An Flugblättern wurden in der Berichtzeit (1. Juli 1913 bis 31. März 1914) verteilt: 2 850 000 Exemplare und ferner 123 000 Broschüren. Weiter wurden von dem „Bayerischen Wochenblatt“ wöchentlich 4000 Exemplare (insgesamt 400 000) zur Agitation verwendet. Der Parteikalender „Der arme Konrad“ hat eine Auflage von 100 000 erreicht.

Eröffnet wurde der Parteitag durch den Genossen Landtagsabgeordneten Adolf Müller-München. In seiner Begrüßungsansprache wies Genosse Braun vom Parteivorstand u. a. auch auf die Rüstungsarbeiten hin, die durch ihre Agitation neue Rüstungen vorbereiten und die Kriegsgefahr wieder zu einer akuten machen. Wenn man nun auch nicht in dem Sinne, wie die französischen Genossen vor wenigen Tagen gegen den Krieg Stellung nehmen, so müssen doch auch wir klar zum Ausdruck bringen, daß bei uns der Wille ebenso stark ist, den Rüstungsstreibern entgegenzuwirken und alle Mittel anzuwenden, um einen Krieg zu vermeiden.

Den Bericht des Landesverbandes gab der Landessekretär Genosse Kuer. In Würzburg besteht seit 1. April 1914 ein Bezirkssekretariat, ferner soll für den Bezirk Niederbayern ein Bezirkssekretariat errichtet werden. Auch für andere Bezirke sei die Anstellung von Sekretären zur besseren Durchführung der Organisation und Agitation notwendig, jedoch zurzeit unmöglich. In seinen weiteren Ausführungen kam Kuer auf die finanzielle Lage der Partei zu sprechen. Auf allen Gebieten belästigen wir uns, unsere Aufgaben sind größer geworden, die bedeutende Mittel erforderlich. Die Gründung eines Parteiblattes in der Weppfals wird noch in diesem Jahre zur Tatfache werden. Unsere Gegner machen die größten Anstrengungen, da dürfen wir nicht zurückbleiben.

In der Diskussion wußte Genosse Wilmarsitt-Hof näheren Aufschluss über die

#### Abonnentenversicherung der „Münchener Post“.

Genosse Buchta und noch andere Genossen beurteilten das Vorgehen der Münchener Genossen, die mit der Einführung der Abonnentenversicherung gegen den Willen der Gesamtpartei gehandelt hätten. Witti-München verteidigte das Vorgehen der Münchener Genossen. Die Münchener seien in einer Zwangslage gewesen. Die Mehrzahl der Münchener Zeitungen haben die Abonnentenversicherung; wir konnten nicht zurückbleiben, wir sind mit dem Erfolg, den wir bisher mit der Versicherung gemacht haben, sehr zufrieden. Verschiedene Redner aus dem Verbreitungsbezirk der „Münchener Post“ verteidigten ebenfalls die Abonnentenversicherung, gerade die Bauarbeiter und alle Arbeiter der gefährlichsten Berufe haben die Einführung mit Freuden begrüßt, die Agitation wird durch die Versicherung bedeutend erleichtert. Simon-Münchener hätte es für besser gehalten, wenn die Münchener bei der Abonnentenversicherung sich mehr nach dem Willen der Gesamtpartei gerichtet hätten.

In seinem Schlußwort ging Kuer auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein; er verteidigte die Abonnentenversicherung. Heute ist die Abonnentenversicherung etwas anderes, der frühere Schwundel ist nicht mehr, seit die Staatsaufsicht eine härtere geworden ist. Von einem Verstoß gegen unsere Grundsätze kann keine Rede sein, das hat selbst der Parteitag ausdrücklich anerkannt. Das Resultat der roten Woche hat gezeigt, daß durch die Abonnentenversicherung die Agitation für die Presse erleichtert wird.

Der Parteitag erklärte sich hierauf mit der Tätigkeit des Landesverbandes einverstanden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Die Verhandlungen wurden am Sonntag früh fortgesetzt. Genosse Eduard Schmid-München referierte über die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Er verwies einleitend auf das Bestreben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, das Gemeindevahlrecht zu reformieren. Von dem Antrag der Fraktion, es solle mit der Verleihung des Heimatrechtes der Erwerb des Bürgerrechts verbunden und der Gemeindevahlproporz eingeführt werden, wurde die erste Forderung von der Kammer abgelehnt, dagegen der Proporz für die Gemeinden über 4000 Einwohner beschlossen. Das neue Gesetz brachte der Partei sehr beachtenswerte Resultate. Auch in einigen Kreisverwaltungen haben die Genossen Einzug gehalten. Ausführlich ging dann der Redner auf den Entwurf des Gemeindebeamtengesetzes ein. Die gesetzliche Regelung der Anstellungen, Gehalts- und Versorgungsverhältnisse der Gemeindebeamten, die wir wiederholt gefordert haben, wurde von den Homogenen benutzt, um ein schändliches Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie in Vorlage zu bringen. Das Gesetz tritt die verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger mit Füßen; es soll dem Vorkampf der Sozialdemokraten in den gemeindlichen Wahlen ein Halt geboten werden. Für uns heißt die Lösung: heraus mit dem Zensurparagrafen, der die Sozialdemokraten in mehreren Bezirken weichen will. Das Beamtengesetz mit seinem Drum und Dran ist zur Wahlparole geworden. Dem Zensurparagrafen sollen auch alle ehrenamtlichen Gemeindebeamten, wie Armenpfleger usw., unterstellt werden, d. h. also: Sozialdemokraten sollen zu keinem Ehrenamt zugelassen werden. Der Zentralverband der Gemeindebeamten leistete, wie ein Löwe in Ludwigshafen beweist, dem Zentrum Wahlhilfe. Unser Eintreten für das gemeindliche Verwaltungsrecht, unsere rücksichtslose Opposition gegen die Regierung, die die Gemeinden zu Vollzugsorganen homogener Staatsverwaltung degradieren will, wird uns im Wahlkampf gute Dienste leisten.

Zu diesem Punkte lag eine Resolution vor, die sich gegen das Gemeindebeamtengesetz ausdrückt, das als eine Anhebung der freien Meinungsfreiheit der Gemeindebeamten, als ein schändliches Ausnahmengesetz gegen die sozialdemokratische Partei charakterisiert ist. Die Stellung der Fraktion wurde ausdrücklich gebilligt, die Resolution einstimmig angenommen. Ebenso fand ohne weitere Diskussion folgender Antrag einstimmige Annahme:

Unter Bezugnahme auf das in Nürnberg 1913 beschlossene Gemeindeprogramm, Abschnitt B, Ziffer 2, letzter Satz:

„Verweigerung aller Mittel für kirchliche, höfische und militärische Zwecke“, beschließt der Parteitag:

„Es ist unzulässig, mit gemeindlichen Ehrenämtern repräsentative Verpflichtungen bisheriger oder dynastischer Art zu übernehmen oder zu erfüllen.“

In der parlamentarische Berichterstattung teilten sich die Genossen Adolf Müller und Kimm. Ueber die allgemeine Politik sprach Adolf Müller. In einer großzügigen Rede geißelte er das Zentrumregiment in Bayern, das an Volkseindlichkeit wohl einzig dasteht, er kritisierte scharf das vor einigen Tagen vom Kultusminister angekündigte Verbot des freireligiösen Moralunterrichts. Die Gegner eines erniedrigenden Religionszwanges müssen auf der Hut sein, wenn sie nicht wollen, daß ihnen das Erziehungsrecht geraubt wird. In seinen weiteren Ausführungen streifte der Redner die Kompliziertheit des Staatshaushaltes, durch welche ungeheure Summen nutzlos verschwendet werden. Es werde aber alles beim alten bleiben, denn die bürgerlichen Parteien betrachten den Staatsorganismus eben auch als eine Versorgungsanstalt für ihre Nachkommen. Bayern ist heute im Deutschen Reich der Staat, der auf Kommando vorgeht, auch die schlimmsten Absichten der Reaktionäre am eifrigsten auszuführen bemüht ist; Bayern befindet sich heute vollständig in der Knechtschaft der preussischen Junker. Zwischen Vatikan und Bayern besteht ein inniges Verhältnis, es ist hart daran, der weltliche Arm der römischen Kirche zu werden. Wir werden gegen diese völkerverhetzende Regierung zum Angriff übergehen müssen, zu einem Angriff in Sachen der demokratischen Reform der Verfassung, der Geschäftsordnung des Landtages, des Reiches über die Ministerverantwortlichkeit und der Befestigung der Reichskammer. Wir bedürfen dazu der Unterstützung der Parteigenossen und unserer Presse. Unser Kampf soll gelten der Erschließung der Unterdrückten aus politischem und wirtschaftlichem Stand, gegen den Grundbesitz der Partei.

Das Referat des Genossen Kimm behandelte die Sozialpolitik. Die ganze verräterische Haltung der Zentrumskräfte fand in diesem Referat gebührende Beleuchtung. Auch bei den Referaten über die beim Landtage vorgelegenen Gesetzesentwürfe, Armen-

gesetz (Segitz), Novelle zum Gebührengesetz (Sädler), zog sich gleich einem roten Faden das Sündenregister der schwarzen Landtagsmehrheit und der ihr willfährigen Regierung. In der Diskussion über die parlamentarischen Referate wurde von dem Genossen Aldermann eine entscheidende Kampfesführung gegen das durch den Kultusminister angekündigte Verbot des freireligiösen Moralunterrichts gefordert. Hier handelt es sich nicht darum, was besser ist, sondern um die bedrohte Gewissensfreiheit. In seinem Schlußwort unterstrich Genosse Müller diese Ausführungen.

Eine Resolution, die sich mit der Haltung der Fraktion einverstanden erklärte, fand einstimmige Annahme.

Hierauf wurden die Verhandlungen auf Montag früh vertagt.

## Der Caillaux-Prozess.

(Telegraphischer Bericht.)

Paris, 20. Juli. Der Schwurgerichtssaal war bis auf den letzten Platz mit Zeugen, Berichterstattern und Advokaten gefüllt. Nur ein kleiner, durch ein Geländer von dem eigentlichen Saal getrennter Raum war für das Publikum reserviert. Gegen 11 Uhr erschienen die Mitglieder des Gerichtshofes, und alsbald wurde auch die Angeklagte, Frau Caillaux, von zwei Justizsoldaten begleitet, in den Saal geführt.

Gerichtspräsident Albanel ermahnte die Zuhörer, mit Ruhe und Würde den Verhandlungen beizuwohnen, und richtete sodann die vorschrittsmäßige Ansprache an die Geschworenen. Nach deren Vereidigung verlas der Gerichtskassier die Anklageschrift, die jedoch, da sie durch die Veröffentlichungen in den Blättern bereits bekannt ist, nur mit geringer Aufmerksamkeit angehört wurde. Bei dem Aufruf der vorgeladenen 75 Zeugen fanden nur die Namen der Madame Estradère, einer ehemaligen Mitarbeiterin des „Figaro“, und der Madame Guepdan, der ersten Frau Caillaux, und der ehemaligen Minister Caillaux und Barthou einige Bekantheit.

Der Präsident forderte sodann Frau Caillaux auf, den Geschworenen eine

#### Darlegung ihrer Tat

zu geben.

Frau Caillaux schilderte mit ziemlich leiser, manchmal flackernder Stimme zunächst ihr Vorleben. Sie berichtete, daß sie nach ihrer Scheidung von ihrem ersten Mann, dem Schriftsteller Léon Claretie, den Minister Caillaux geheiratet und in dieser Ehe das höchste Glück gefunden habe. Sie erzählte eingehend und mit großem Nachdruck, wie heftige Angriffe Caillaux von seinen politischen Gegnern, namentlich in der Presse, erfahren, wie man ihn verdächtigt habe, den Stango an Deutschland verkauft zu haben, und er sich zu wehren. Ihre Verteidiger würden den Beweis erbringen, daß sie und ihr Gatte nur das bestreben, was sie von ihren Eltern erhaschen hätten. Die politische Fehde gegen ihren Gatten sei mit allen Mitteln geführt worden. Man habe einen intimen Brief ihres Gatten veröffentlicht, um ihn bloßzustellen, und habe auch andere intime Briefe veröffentlicht, von denen die erste Frau ihres Mannes, Madame Guepdan, photographische Verzierfächtigungen erhalten habe, um sich an Caillaux wegen dessen zweiter Ehe zu rächen. Frau Caillaux besprach sodann ausführlich die vom „Figaro“ geführte Kampagne. Sie sprach über den Besuch des Präsidenten Monier bei ihr. Er habe auf ihre Frage nach einem Anklagegründe gegen denjenigen, der Privatbriefe veröffentlichte, geantwortet, daß es in Frankreich kein Gesetz gäbe, das den Journalisten die Verleumdung öffentlicher Persönlichkeiten unmöglich mache. Damit müsse man sich entweder zufrieden geben, oder man müsse sich mit seinen eigenen Mitteln verteidigen. Das sei selbstverständlich, und wenn man das französische Temperament bedenke, so müßte man erkennen sein, daß nicht öfter Leute vorhanden seien, die Verleumdern den Schädel einschlagen.

Der Advokat der Familie Calmette, Chenu, wandte ein, daß Monier berichtet habe, niemals einen derartigen Satz gesprochen zu haben. Sie erwiderte besonders, daß Caillaux auf ihre Mitteilung von der Unterredung mit Monier hin zu ihr gesagt habe: „Wenn es so ist, dann werde ich Calmette den Schädel einschlagen.“ Frau Caillaux zögerte sichlich, bevor sie das Wort „Schädel“ aussprach.

Chenu sagte, das Wort habe nicht Schädel, sondern „Schlange“ geäußert, es sei auch während der Untersuchung zweigmal gebraucht worden.

Frau Caillaux sagte: Jawohl, aber gewisse Worte kann man in der Öffentlichkeit nicht gebrauchen. (Unruhe.) Weiter führte Frau Caillaux aus, sie hätte ihren Mann für einen Feigling halten müssen, wenn er sich die Angriffe Calmettes weihen hätte lassen. Während des Gesprächs habe Frau Caillaux ihren Mann auch gefragt, ob er seine Drohung noch an demselben Tage ausführen wolle. Darauf habe Caillaux geantwortet: „Nein, an meinem Tage und zu meiner Stunde.“ Frau Caillaux fuhr fort: Wenn Sie wüßten, was ich bei dem Gedanken gelitten habe, daß mein Mann einen Menschen töten wollte! Zunächst habe ich an Selbstmord gedacht. Ich wäre an jenem Tage glücklich gewesen, mein Leben für die Ruhe meines Mannes opfern zu können.

Inmitten eines vollkommenen Schweigens fuhr Frau Caillaux fort: Es gab nur ein Mittel, nämlich selbst einen Schritt zu unternehmen und zu versuchen, etwas zu erreichen. Ich dachte: Ich werde wohl diese Veröffentlichung verhindern können. Ich habe immer einen kleinen Revolver bei mir getragen, den mein Vater mir gegeben hatte. Auf Reisen trug ich ihn immer in meinem Reisesack. Über der Revolver, den ich seit langem besaß, war verlegt worden. Ich bin zu Gastinne-Renette gegangen. Ich werde aufpassen erregen, habe ich mir gesagt.

Frau Caillaux fuhr darauf ihr Taschentuch zum Gesicht und fügte weinend hinzu: „Wenn ich den schrecklichen Ausgang vorausgesehen hätte, hätte ich vorgezogen, die Veröffentlichung der Briefe erfolgen zu lassen.“

Aufrecht stehend, die Hände gegen die Wand gestützt, erklärte Frau Caillaux, daß sie ihre Tat nicht mit Vorbedacht ausgeführt habe, oder zum mindesten, wenn sie den Gedanken, auf Calmette zu schießen, in Betracht gezogen habe, so sei doch ihr Entschluß bis zuletzt unentschieden geblieben. Sie habe nicht töten wollen. Sie sei nur zum Credit Rhonais gegangen, um verschiedene Papiere abzugeben, vor allem die von ihrem Gatten dorgebrachte Agenda vor der Rochetekommission. Sie habe nur einmal nachgedacht, als sie im Bureau gestanden habe. Bei ihrer Rückkehr nach Hause habe sie noch gegaudert, ob sie sich zum „Figaro“ begeben sollte oder zu einem Tee. Schließlich habe sie auf gut Glück einen Brief an ihren Mann geschrieben. Frau Caillaux erklärte sodann, daß sie in ihrem Briefe an ihren Mann niemals habe sagen wollen, daß sie sicher sei, Calmette töten zu wollen. Ich war nicht dazu entschlossen, sagte sie. Außerdem hatte ich genau angegeben, daß man den Brief nur ausbändigen sollte, falls ich bis 7 Uhr nicht heimgekehrt wäre.

Nach dem Verhör der Frau Caillaux wird eine kurze Pause gemacht. Beim Wiederertritt in die Verhandlung kommt es zu

einer scharfen Diskussion, als der Präsident des Zivilgerichts Monier als Zeuge erscheint. Monier soll über seine Unterredung, die er am Tage vor dem Nord mit Frau Caillaux gehabt hat, auszusagen.

Nach Monier werden noch ein Polizeikommissar und drei Schupleute vernommen, deren Ausfragen nichts von Belang boten.

Kurz nach 5 Uhr wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

## Aus der Partei.

Bezirksparteitag für das westliche Westfalen.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Becklinghausen der Parteitag für das westliche Westfalen. Zum Bezirke gehören die acht Wahlkreise Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Becklinghausen-Vorlen, Hamm-Soest, Warendorf-Lüdinghausen, Münster-Goesfeld, Ahaus-Teddingburg, Arnberg-Elze-Neschede. Der Bericht der Bezirkskommission umfaßt fast drei Jahre; der letzte Parteitag fand drei Monate vor dem letzten Reichstagswahltag statt. Aus dem Bericht, den Bezirkssekretär Gen. König gab, geht hervor, daß 1912/13 der Mitgliederstand 21 808 betrug und seitdem auf 25079 gestiegen ist. Das bedeutet einen Gewinn von 3277. Es muß aber bemerkt werden, daß seit 1912/13 insgesamt 22 772 männliche und weibliche Mitglieder aufgenommen worden sind. Es sind also 18 852 Mitglieder verzoogen, ein Beweis der ungeheuren Fluktuation, die im Industriebezirke herrscht. Die Hauptmasse der Mitglieder sitzt in den Kreisen Dortmund-Hörde (1902), Bochum-Gelsenkirchen (6398), Becklinghausen-Vorlen (4439), Hamm-Soest (2587); der Rest verteilt sich auf die schwarzen Wahlkreise des Münster- und des Sauerlandes, von denen Warendorf-Lüdinghausen mit 1227 Mitgliedern noch am günstigsten steht. Der Stand der Frauenbewegung ist im Vergleich zu anderen Bezirken recht gut zu nennen, ein Viertel der Mitgliedschaft sind Genossinnen. Die Presse hat sich gut entwickelt, in der „Roten Woche“ wurden allein 3680 neue Abonnenten gewonnen. Die Bezirkskommission hat seit dem letzten Parteitag als Agitationsmaterial an Flugblätter, Broschüren usw. etwa 8 Millionen Exemplare unter die Massen geworfen, bei der letzten Reichstagswahl allein über 3 000 000 Exemplare. Es ist ungeheuer viel geleistet worden, aber die Agitation, die Verarbeitete muß noch intensiver betrieben werden, wenn wir Fortschritte machen und die Pläne der Gegner durchkreuzen wollen. Mit den schärfsten Mitteln werden wir bekämpfen und in manchen Bezirken wird die Verbreitung der Versammlungslokale, der Wochentag der Presse, systematisch organisiert. In der Berichtzeit wurden 990 öffentliche und 5937 Mitglieder-versemmlungen abgehalten.

Der Kassenerbericht ergab ebenfalls den Nachweis, daß die Organisation sich gut entwickelt. In den letzten Jahren sind die Beiträge in allen Kreisen besser eingegangen als früher, namentlich als im Vorjahr, wo die Bewegung schwer darniederlag, infolge des unglücklichen Vergleichesstreiks. Im Jahre 1907/08 wurden erst 125 000 Monatsbeiträge gesammelt, im letzten Jahre aber 227 000.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurden die Agitationsmöglichkeiten erörtert, um im schwarzen Münsterland voranzukommen. Ein Antrag, im Münsterlande eine Agitation zu entfalten, die den dort gegebenen Verhältnissen entspricht, wurde angenommen. Ferner wurde beschloffen, daß in allen größeren Orten Kommunalurufe abgehalten werden sollen. Alljährlich sollen zwei Konferenzen stattfinden, an der unsere kommunalen Vertreter und Kandidaten teilzunehmen haben.

Am Abend des ersten Tages nahm der Parteitag noch ein Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Quare über den preussischen Wohnungsgesetzentwurf entgegen. Das Thema ist wegen der im Industriebezirke grassierenden Wohnungsnot außerordentlich aktuell. Der Parteitag nahm eine Resolution, die den preussischen Wohnungsgesetzentwurf verwirft, weil er nicht geeignet erscheint, das im Industriegebiet herrschende Wohnungselend durch neue, billige und zweckentsprechende Reformen zu beseitigen, an. Der Parteitag fordert ein Wohnungsgesetz entsprechend der Reichstagsresolution vom 22. Mai 1912. In der zweiten Resolution wird ausgesprochen, daß das arbeitende Volk fürchterlich unter dem Wohnungselend leidet. Der Parteitag fordert daher Genossenschaften, kommunale und staatliche Institutionen auf, sofort große Summen bereitzustellen, um nach dem Vorbilde englischer und schweizer Behörden Kleinwohnungen im Eigenbetrieb herzustellen. Diese Kleinwohnungen sollen nur an Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte zum Selbstkostenpreise vermietet werden. Ferner wird Schaffung und Ausbau von Wohnungsnachweisen und Aufnahme von Wohnungsfamilien, sowie Einrichtung von Wohnungsamtern gefordert, die von sachmännlichen Kräften und Vertretern der Bürgerschaft geleitet werden sollen.

Sonntag früh wurde zunächst eine geschlossene Sitzung abgehalten. Bezirkssekretär Gen. König gab einen eingehenden Bericht über den Stand der Wahlrechtsfrage in Preußen. Der Parteitag nahm die Ausführungen zustimmend entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In der geschlossenen Sitzung hielt auch Gen. Eng-Warmen seinen Vortrag über die Jugendbewegung. Er legte sehr anschaulich das raffinierte System der bürgerlich-nationalen Jugendpflege dar, das bestimmt ist, auch den letzten Proletarierjungen und das letzte Proletariermädchen für die arbeitserfindlichen Zwecke der „nationalen“ Jugendbewegung zu gewinnen. Ganz ungeheure Summen werden dafür aufgewendet. In der Debatte über den Vortrag wurden manche recht beachtenswerte Winke gegeben, unsere Bewegung zu fördern.

Die Bildungsfrage wurde lebhaft diskutiert und eine anderweitige Besetzung des Bildungsausschusses beschloffen. Beim Punkt Raiffeiler wurde von verschiedenen Seiten gefordert, daß die Gewerkschaftsorgane die Raiffeiler etwas mehr propagieren möchten. Ein Antrag, die Raiffeilerfondsmärkte abzuschaffen, wurde abgelehnt.

Ferner wurde eine Änderung des Organisationsstatuts beschloffen, um es dem Reichstatut anzupassen. Eine Resolution wurde angenommen, die fordert, daß die Kreise Hamm-Soest und Lüdinghausen-Warendorf den Mindestmonatsbeitrag von 40 Pf. einführen möchten.

Dann nahm der Parteitag ein Referat des Genossen Dr. Erdmann entgegen über: „Reaktion und Reichstag“.

Ein Antrag, der Reichstagsfraktion das Vertrauen auszusprechen, weil sie beim Kaiserhof sitzen geblieben ist, wurde fast einstimmig angenommen.

Als Delegierter zum internationalen Sozialistenkongreß wurde Genosse Max König gewählt.

Als nächster Parteitagort wurde Dortmund gewählt.

Zum Bezirksleiter wurde Genosse König wiedergewählt. In der Verhandlung nahmen teil vom Parteivorstand der Genosse Partels, von der preussischen Landeskommission der Genosse Eugen Ernst.

## Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Nach vorläufiger Mitteilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Juni 1914 gegenüber dem Vormonat wenig Besserung, in einer Reihe wichtiger Gewerbezweige sogar eine Verschlechterung, die aber größtenteils auf die im Juni einsetzende sommerliche Abflauung zurückzuführen ist. Die Gesamtlage des gewerblichen Arbeitsmarktes war noch größtenteils unbedrückend. Die an das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Krankenkassen hatten am 1. Juli 1914 10 779 830 beschäftigte Mitglieder oder 22 758 weniger als am 1. Juni, und zwar hat die Zahl der männlichen Mitglieder um 0,16 Proz., die der weiblichen um 0,80 Proz. abgenommen. Der in der Regel vom 1. Juni zum 1. Juli stattfindende Stillstand bei den männlichen Personen hat sonach in diesem Jahre einer Abschwächung Platz gemacht, die bei den weiblichen Personen alljährlich um diese Zeit wiederkehrt. Nach den Berichten von 18 größeren

Arbeiterfachverbänden (mit zusammen 1 099 619 Mitgliedern) waren Ende Juni 1914 2,3 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegenüber 2,5 Proz. Ende Mai 1914. Von Ende Mai auf Ende Juni pflegt die Arbeitslosigkeit etwa gleich zu bleiben. Der diesjährige Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zwar zu geringfügig, doch wies von Ende Mai bis Ende Juni des Vorjahres die Bewegung der Arbeitslosigkeit ein schlechteres Bild auf, da sie damals von 2,5 auf 2,7 Proz. stieg. Bei 380 öffentlichen Arbeitnehmern mit 161 390 Vermittlungen kamen im Juni auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 159, bei den weiblichen 98 Arbeitsgelegenheiten. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 165 und 96 und die des Juni 1913: 166 bzw. 101. Hiernach hätte, wie gewöhnlich im Monat Juni, der Andrang männlicher Arbeitsuchender gegenüber dem Mai etwas abgenommen, derjenige weiblicher Arbeitsuchender dagegen etwas zugenommen. Gegen den gleichen Monat des Vorjahres zeigt sich bei beiden Geschlechtern eine Verbesserung.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im Juni lassen nach wie vor wenig Besserung erkennen. Vielfach trat sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonat ein, die im Vergleich zum Juni des Vorjahres fast durchweg festgestellt wurde. Der Ruhrkohlenmarkt konnte keine Besserung verzeichnen, und auch in Ober- und Niederschlesien war der Beschäftigungsgrad mangelhaft, da die Obererschiffahrt infolge Wassermangels stockte. Die Hoheisenherstellung ging nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller von 1 097 193 Tonnen im Mai auf 1 531 313 Tonnen im Juni zurück und blieb damit noch stärker hinter der des Juni 1913 zurück. Bei der Würdigung dieser Zahlen ist jedoch die verschiedene Lage des Pfingstfestes nicht zu vergessen. Auch die dem Stahlwerksverband angeschlossenen Werke verringerten ihren Gesamtumsatz (563 198 Tonnen) im Vergleich zum Vorjahr (606 317 Tonnen), erhöhten ihn jedoch um ein Geringes gegenüber dem Vormonat (562 872 Tonnen). Der Beschäftigungsgrad der Stahlwerke wird von der Mehrzahl derselben als unzureichend bezeichnet. Der Kalibergbau, wie auch viele Zweige der Maschinenindustrie hatten eine Verschlechterung gegenüber dem Mai festzustellen. Die elektrische und chemische Industrie waren im allgemeinen zurückgefallen beschäftigt; dagegen wird aus der Textil- und Holzindustrie über unzureichende Beschäftigung geklagt. Im Brauergewerbe machte die im Vormonat berichtete Erholung in den meisten Gebieten Deutschlands vielfach wieder einer Abflauung Platz.

Von 353 Firmen, in der Hauptsache größeren Betrieben, ist die Arbeiterzahl für Ende Juni 1914 mit 430 385 Personen gegen 436 530 zu Ende Juni 1913 angegeben. Es ist also eine Verminderung um 1,43 Proz. eingetreten, während für den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme um 6,52 Proz. gegenüber dem Juni 1912 zu verzeichnen war. Die Abnahme entfällt, wie im Vormonat, vor allem auf die Maschinenindustrie (minus 5,88 Proz.) und auf die elektrische Industrie (minus 4,88 Proz.). Auch die Eisen- und Metallindustrie (minus 2,68 Proz.) und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel (minus 1,84 Proz.) erlitten einen leichten Rückgang. Diesen Rückgängen stehen wesentliche Zunahmen nur in der chemischen Industrie (plus 5,01 Proz.), im Bekleidungs- und Textilgewerbe (plus 3,88 Proz.) und in der Montanindustrie (plus 2,92 Proz.) gegenüber. Die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe behauptete sich etwa auf der Höhe des Vorjahres.

Ueber die Lage in Berlin und Brandenburg berichtet der Verband märkischer Arbeitnehmender: Der Groß-Berliner Arbeitsmarkt befindet sich noch immer im Stadium der Depression. Der Andrang der Arbeitsuchenden hat gegen den Vormonat nach zugenommen, während die Zahl der offenen Stellen weiterhin zurückgegangen ist. Beim Zentralverein für Arbeitnehmende in Berlin wurden im Monat Juni 21 187 Arbeitsuchende gezählt gegen 20 280 im Monat Mai. Die Zahl der offenen Stellen sank von 15 790 auf 14 157. Befehle wurden 11 894 Stellen gegen 12 754 im Monat Mai und 14 396 im Monat April. Gleich ungünstige Nachrichten lagen aus den Provinzen vor. Dagegen zeigte der Arbeitsmarkt in der Provinz vielfach eine andere Entwicklung. Ueber guten Geschäftsgang wird aus Koniow, Eberswalde, Friedland, Hagen, Kottbus, Guben, Ludwigsfelde, Lübben, Rathenow berichtet; in Wittenberge und Potsdam war der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. Auch in Brandenburg a. N. machte sich eine nicht unerhebliche Besserung des Arbeitsmarktes bemerkbar.

## Jugendbewegung.

### Sum Kampf gegen die Arbeiterjugend.

Vom Essener Schöffengericht wurden am Montag zwei Genossen zu 150 M. Strafe und zu 90 M. Strafe verurteilt, weil sie es unterlassen haben sollten, Sagen und Vorstandsmitgliederliste eines politischen Vereins einzureichen. Es handelte sich um die Abkommen der „Arbeiterjugend“, die zu Spielabenden und unpolitischen Vorträgen zusammenkamen. Diese Abende wurden von der Polizei überwacht. Aus der Tatsache, daß immer ziemlich dieselben Jugendlichen erschienen, daß über Schiller geredet, seine Werke „revolutionär“ genannt wurden, schlossen die Beamten, daß es sich um einen politischen Verein handelte. Besonders die Hungerturnspiele aus Schillers „Mäurer“ sei politisch, meinte einer der Beamten! Als weiteren Beweis für das Bestehen eines politischen Vereins sah das Gericht die aus dem beschlagnahmten Klassenbuch des sozialdemokratischen Vereins ersichtliche Tatsache, daß der sozialdemokratische Verein die „Arbeiterjugend“ bezog und vertreibt. — Das Urteil findet in den Ermittlungen eine so geringe Stütze, daß dagegen Berufung eingelegt wird. In einem Bescheidverfahren werden die Ungehorsamkeiten verfolgt, die sich bei der Beschlagnahme des Klassenbuchs abspielten. Das von der Polizei beschlagnahmte, verpackte und versiegelte Buch, das uneröffnet dem Richter vorgelegt werden muß, gelangte geöffnet zu diesem. Wer die Öffnung vorgenommen hat, ließ sich bis jetzt nicht feststellen!

## Soziales.

Die sich das Großkapital, welches sich im Brauergewerbe nun mal breit macht, über alle Schwierigkeiten der Gesetzgebung auf Kosten der Steuerzahler, der beschäftigten Arbeiter usw. hinweghelfen kann, zeigt uns auch der eigene Bericht der Industrie selbst. Im foeben erschienenen Bericht der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft pro 1913 wird ausgeführt: in den Rechnungsergebnissen der Vereinsgenossenschaft

„spiegelt sich ziemlich getreu und anschaulich die wirtschaftliche Lage des Brauerei- und Mälzereigewerbes und, da der Bierverbrauch bekanntlich ein Gradmesser der allgemeinen geschäftlichen Prosperität ist, auch zugleich die allgemeine wirtschaftliche Lage wider. So war unter der unermittelt plötzlichen und schweren Last der wiederholten Brauereierhöhung und der für das Brauergewerbe damit sich ergebenden Notwendigkeit, die Produktionskosten aufs äußerste einzuschränken, andererseits aber durch den Rückgang des Konsums infolge der notwendigen, leider aber vielfach nicht einmal durchführbar gewordenen Bierpreiserhöhung die Zahl der versicherten Personen von 119 240 im Jahre 1908 auf 110 518 zurückgegangen. Auch die übertriebene Antialkoholbewegung spielt dabei natürlich eine Rolle. Seit 1911 ist zwar wieder ein langsames Steigen bemerkbar, von 118 463 im Jahre 1911 auf 116 161 in 1912 und auch für das Berichtsjahr wiederum auf 117 024.“

Die kleinen Brauereien verschwinden mehr und mehr und Funktionen der mittleren Betriebe sind auf der Tagesordnung. Als äußeres Zeichen des Großbetriebes ist auch das früher nicht gekannte Anwachsen der Bierniederlagen anzusehen. Darüber spricht sich der Bericht wie folgt aus:

„Der Rückgang in der Zahl der Brauereien ist auch im Berichtsjahr wiederum wie in den letzten Jahren zu beobachten, und

gibt von 6115 in 1912 auf 5900, also um 215. Beweis ist diese Abnahme der Betriebszahl zum großen Teil auf den Uebergang zahlreicher kleinerer Betriebe an den Großbetrieb sowie auf die Fusion einzelner Betriebe zurückzuführen. Auch die Verminderung der Zahl der Versicherten ist gewiß mit verursacht durch das allgemeine Bestreben sparsamer Betriebsführung und besserer Organisation, sowie die fortschreitenden maschinellen Einrichtungen, durch die Arbeitskräfte gespart werden. Aber wenn Zahlen beweisen, so kann man aus dem vorstehend mitgeteilten die durch die unsicheren Zeitverhältnisse bedingte schlechte allgemeine Geschäftslage herauslesen und es ist interessant zu sehen, wie das Gebiet der sog. Schwerindustrie augenscheinlich davon am wenigsten berührt ist. Die Zahlen beweisen aber für uns leider im besonderen, daß der glänzende Aufstieg des deutschen Brauergewerbes im letzten halben Jahrhundert wenigstens vorläufig seine Grenze erreicht hat. Die von Außenstehenden freilich auch vielfach übertriebenen früheren goldenen Zeiten des Brauereis sind vorbei. Nur in zäher, ausdauernder Arbeit wird es gelingen, eine ausreichende Rentabilität zu erhalten. Das darf gewiß auch zur Einigung und zum Zusammenschluß mahnen, alle unnötige Konkurrenz zu beschränken, möglichst miteinander statt gegeneinander zu arbeiten.“

Also in „zäher und ausdauernder Arbeit“ werden die Herren Kommerzienräte des Brauergewerbes wieder ihre alten Gewinne in absehbarer Zeit einheimen. Die Arbeiter bleiben aber auf der Strecke.

Diese haben auch das Risiko der Arbeit allein zu tragen, die „hohle Arbeit“ allein zu leisten. Davon spricht auch die erschreckend hohe Unfallziffer eine deutliche Sprache. Laut Bericht wurden im Vorjahre insgesamt 14 403 Betriebsunfälle gemeldet. Davon entfallen allein 5614 auf die Sektion Berlin, die an sich die höchste Unfallziffer kennt. Während im Durchschnitt auf 1000 Vollarbeiter 115 Unfälle kamen, zeigt die Statistik des Reichs, daß auf Sektion Berlin 165 entfielen.

Dies ist die doppelte Unfallziffer der Sektion I, Elsaß-Lothringen, die 79 Fälle auf 1000 Vollarbeiter hatte. Die niedrigste Unfallziffer hatte wieder Sektion V, Nordbayern mit 59,3 Unfällen. Sektion Berlin hatte also fast 3mal mehr Unfälle als Nordbayern zu verzeichnen. Trotzdem prüft der Reichsrat, daß die Unfallziffer zurückgegangen sei, weil sich 900 Unfälle weniger gegen das Jahr 1912 bemerkbar machten und die Zahl der entschädigten Fälle dank der Mähe der Vertrauensräte von Jahr zu Jahr verringert.

Burden doch von 14 403 gemeldeten Fällen nur 1038 gegen 1081 im Jahre 1912 entschädigt. Tödliche Unfälle mußten 3 entschädigt werden. Nach dem Geschlecht getrennt, zählte man 1000 männliche und 24 weibliche Verletzte, die eine Rente erhielten.

An der Spitze aller Berufsvereinigungen steht unzweifelhaft die Brauerei-Vereinsgenossenschaft in puncto Heilversahren. Während einzelne gewerbliche Berufsvereinigungen auch heute noch lächerlich geringe Summen für diese Zwecke aufwenden, verbrauchte laut Bericht diese Berufsvereinsgenossenschaft wieder 99 450 M., davon allein 41 000 M. auf Sektion Berlin entfielen. Man hat dies dem verstorbenen Käthe zu verdanken, der sich von einer „zielbewußten“ Vorbeziehung viel versprach. Die Zahlen des Reichs haben ihm auch recht gegeben. Denn von 3063 übernommenen Fällen wurden allein 2826 in den ersten 13 Wochen „erledigt“, so daß nur 237 Verletzte „zur weiteren Versorgung der Genossenschaft“ verblieben.

### Arbeiterwohnungen auf Siegelstein.

Eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Königsberg vom 15. September 1906 gibt eine Reihe Vorschriften über die Beschaffenheit von Arbeiterquartieren auf Siegelstein. Im § 4 wird bestimmt: „Für jeden Schlafplatz über 14 Jahre muß eine besondere Lagerstätte mit Matratze oder Strohsack, Kopfkissen und genügender Decke und für je 2 Schlafplätze mindestens ein Waschgeschick mit Sandtuch vorhanden sein. — Die Lagerstätten müssen vom Fußboden durch eine Luftschicht getrennt sein.“

Wegen Uebertretung dieser Vorschriften waren Sierik, der Wächter der Siegelstei Kohle, und Thor, der Leiter des Betriebes, angeklagt worden. Die Uebertretung wurde darin gefunden, daß nicht jeder Arbeiter für sich eine besondere Bettstelle hatte. Ein Teil der Arbeiter mußten zu zwei und zwei sich mit einer breiteren Bettstelle begnügen, wenn auch jeder seinen besonderen Strohsack und seine besondere Zudecke hatte.

Das Landgericht in Königsberg sprach die Angeklagten frei. Das Kammergericht hob jetzt das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Aus dem Vorlaut und dem Zweck der Verordnung einnahm es, daß die „Lagerstätte“ im Sinne der Verordnung auch die Bettstätte, das Gerüst für das Lager, mit umfasse, sobald mit der besonderen Lagerstätte für jeden auch eine besondere Bettstelle gemeint sei. Die Verordnung sei aber auch, so wurde ausgeführt, rechtsgültig. Außer § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts käme § 6a und f des Polizeiverwaltungs-gesetzes als Rechtsstütze in Frage, wonach zu den Gegenständen polizeilicher Regelung der Schutz der Person und von Leben und Gesundheit gehöre. Die Vorschrift über die besondere Lagerstätte sei im sanitären Interesse und zur Verhinderung der Unfallschäden erlassen. Wenn mehrere Personen in einem Beite schliefen, so wäre dadurch die Gefahr einer Uebertragung von Krankheiten, die Möglichkeit der Entstehung epidemischer Krankheiten durch Unsauberkeit und die Gelegenheit zur Verübung von Unzucht gegeben. Es werde dadurch auch die Allgemeinheit in Mitleidenschaft gezogen, da die Verübung der Arbeiter mit anderen Personen eine Verbreitung von Krankheiten und der Sittenlosigkeit zur Folge haben könne. Daß die Verordnung nur für bestimmte Betriebe (Siegelstein) erlassen sei, siehe ihrer Gültigkeit nicht entgegen.

## Berichtszeitung.

### Falsche Köpfe.

Eine jugendliche Diebesbande, die längere Zeit den Schäden der im Stadteil Moabit ansässigen Geschäftsleute gebildet hatte, hatte sich jetzt vor dem Strafgericht zu verantworten. Wegen Bandendiebstahls waren der Kontorist Wilhelm Landgraf, der Autowächter Paul Lehmann, der Konditor Friedrich Meyer und der Schlosser Walter Steilke angeklagt, während sich die Köchin Agnes Nikolajczek, der Kellner Otto Lewandowski und die Kassiererinnen Hedwig Bergleben wegen Diebstahls zu verantworten hatten.

Die des Diebstahls beschuldigten, kaum dem Knabenalter entwachsenen Angeklagten, unter denen sich auch der Sohn eines Polizeiwachmeisters befindet, hatten sich zu einer Diebesbande verbunden, die des Raubs auf Raubzüge ausging. Die Diebstähle wurden in der Weise ausgeführt, daß einer der Diebe auf die Schultern des anderen kletterte und dann mit einer Axt Angehalten durch die obere Luftklappe des Schaufensters hindurch die Gegenstände hochzog. Sie erbeuteten hauptsächlich Wägen, Kleider, Hüte und in einem Fall auch etwa 50 falsche Köpfe. Diese eigenartige Diebesbande wurde bald in einem Kaffeehaus in Moabit für die dort anwesenden Dämchen ein begehrter Handelsartikel. Für je einen Kopf spendeten die Dämchen den Jünglingen ihrer Gasse. Auch der

Kellner, die Köchin und die Kassiererinnen wirkten bei dem Raube der Köpfe mit und zogen sich eine Anklage wegen Diebstahls zu. Diesen Teil der Anklage hielt das Gericht nicht für ausreichend erwiesen und sprach diese Angeklagten frei. Im übrigen lautete das Urteil gegen Steilke auf 2½ Jahre, gegen Meyer auf 1 Jahr 6 Monate, gegen Landgraf auf 1 Jahr und gegen Lehmann auf 9 Monate Gefängnis.

### Erpressung.

Die Gefährlichkeit des arglosen Zutrauens und des Klatsches zeigte sich in einer Verhandlung, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen verführter Erpressung war der Kassenbote Otto Wegel angeklagt.

Der Angeklagte unterhielt mit einem Dienstmädchen ein Liebesverhältnis. Eines Tages erzählte die D., daß ihre „Gnädige“, eine Frau M., sich hinter dem Rücken ihres Mannes sehr gut amüsiere. Herr M. sei bereit und während dieser Zeit habe Frau M. mit einem Oberleutnant ein Liebesverhältnis angefangen. Das Mädchen, wohl von dem Liebhaber veranlaßt, erzählte die tollsten Geschichten über Dinge, die sich angeblich des Nachts in dem Schlafzimmer der „Gnädigen“ abspielten sollten. Einmal brachte es sogar eine Hosenknalle mit, die es in dem Schlafzimmer gefunden haben wollte. — Diese Erzählungen führten dazu, daß in dem Angeklagten der Plan reifte, aus diesem „ehelichen“ Treiben der Frau M. Kapital zu schlagen. Er richtete an diese einen Brief, in welchem er sie aufforderte, binnen 24 Stunden die Summe von 500 Mark unter einer Chiffre an das Postamt 7 zu senden, andernfalls sofort ihrem Gatten Mitteilung von ihrem Treiben gemacht und die Hosenknalle, die in ihrem Beut gefunden sei, als corpus delicti übersandt würde. — Frau M. übergab den Brief der Kriminalpolizei und der Angeklagte wurde verhaftet, als er den Brief mit dem Gelde abholen wollte.

Mit Rücksicht auf die hohe Gemeingefährlichkeit derartiger Erpressungsversuche erkannte die Strafkammer gegen Wegel auf 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat der erlittenen Untersuchungshaft.

### Zum Nachdruckrecht der Zeitungen.

In Nr. 191 hatten wir geschrieben: Eine Reihe Schriftsteller diffamierten ihre Kollegen; dann ließ jeder Redakteur: ohne Zustimmung des Autors darf das in dieser Form nicht nachgedruckt werden. Andere unterließen die Signierung, wie Dr. Schönthal, und verlangen dann von der Redaktion Zahlung. Die Redaktionen zahlten, hieß es dann weiter, dann in der Regel — wir stets — den üblichen Satz für solche Nachrichten, ohne etwa damit anzuerkennen, daß eine gegen Nachdruck geschützte Notiz vorliege. Wir fügten dann hinzu: Dr. Schönthal möge die von ihm versandten Nachrichten als von ihm herrührend kennzeichnen.

Dr. J. M. Schönthal-München teilt uns nun mit, die von ihm persönlich vertriebenen Feuilletons tragen seinen vollen Namen, die von der Verlagsfirma „Täglicher Korrespondent, Verlag von Dr. Justus Schönthal“ vertriebenen Feuilletons ausnahmslos die Chiffre „th.“. Durch diese Verantwortlichkeit ist also dem vorgebeugt, daß ein Redakteur Notizen aufnimmt, ohne zu wissen, von wem dieselben herrühren und daß der Autor sie gegen Nachdruck geschützt hätte. Freilich ist das nur dann der Fall, wenn Dr. Schönthal auch dafür Sorge trägt, daß seine Notizen von den Zeitungen, denen er sie zusendet, nur diffiziert abgedruckt werden. Wir nehmen an, daß nach dieser Richtung Vorkehrungen getroffen sind und so jene unliebsamen Nachdruckprozesse in Zukunft aufhören, die dem berechtigten Schutz geistigen Eigentums mehr schaden, als sie dem auf formalem Buchstabenrecht beruhenden je nützen können.

## Versammlungen.

Die Sektion der Industriearbeiter des Deutschen Transportarbeiterverbandes hielt am Sonntag eine Versammlung ab. Fromke, als Sektionsleiter, betonte in seinem Tätigkeitsbericht über das 1. Halbjahr 1914, die Krise habe sich gegenüber Ende des vorigen Jahres sogar noch verschärft. Namentlich in der Elektroindustrie sei dies zu verspüren. Daraus könne man schließen, daß auch im kommenden Winter erhebliche Anforderungen an den Verband herantreten werden, seien doch im verflochtenen Jahr über 75 000 M. Zuschuß an Arbeitslose geleistet worden, die bereits ausgeteilt waren. Welchen Umfang die Krise gehabt habe, gebe aus folgender Aufstellung hervor:

In Unterstützungen wurden im Jahre 1913 für die einzelnen Unterstützungszweige folgende Summen zur Auszahlung gebracht:	
Krankenunterstützung erhielten die Kollegen nach 52 gezahlte Wochenbeiträge. 402 Kol. 7760,— M.	
• 112 „ „ 212 „ 4032,65	
• 179 „ „ 228 „ 5725,—	
• 292 „ „ 308 „ 9682,50	
• 412 „ „ 182 „ 5236,65	
• 592 „ „ 50 „ 1963,50	• 35 690,80 M.

1407 Kollegen	
Arbeitslosenunterstützung erh. 608 Kol. 15048,85 M.	
Streikunterstützung „ „ 15193,25	
Wahregelungsunterstützung „ „ 3706,15	• 34 548,25 M.
	70 187,65 M.

Im Jahre 1913:	
Krankenunterstützung erhielten die Kollegen nach 52 gezahlte Wochenbeiträge. 545 Kol. 9194,— M.	
• 112 „ „ 321 „ 6832,—	
• 172 „ „ 266 „ 7157,35	
• 292 „ „ 298 „ 8905,50	
• 412 „ „ 183 „ 6335,—	
• 592 „ „ 44 „ 2035,—	• 40 858,85 M.

1626 Kollegen	
Arbeitslosenunterstützung erh. 899 Kol. 27125,— M.	
Streikunterstützung „ „ 24710,40	
Wahregelungsunterstützung „ „ 5415,10	• 57 250,50 M.
	97 609,85 M.

Die Mitgliedersteigerung betrug im Jahre 1913 . . . 8,5 Proz.

Die Steigerung der Ausgaben jedoch . . . . . 39,0

Der Wirtschaftslage entsprechend hielt sich auch der Erfolg der Verbandstätigkeit im ersten Halbjahr 1914 in bescheidenen Grenzen. Dennoch war die Tätigkeit innerhalb der Sektion eine recht regale. Ueber 800 Versammlungen und Sitzungen wurden abgehalten. Die Lohnbewegungen dagegen hielten sich in geringem Umfang. Nur zwei Angriffs- und zwei Abwehrkämpfe wurden ausgefochten, die sämtlich erfolgreich beendet wurden. In Betracht kamen 221 Mitglieder. Nachdem der Redner noch die Tätigkeit der Ausschüsse Wiensstr. 6, geschildert hatte, kam er auf das Zusammenarbeiten mit anderen Verbänden zu sprechen. Er meinte, daß hierin leider ein Wandel zum Ungünstigen eingetreten wäre.

Eine Debatte über diesen Bericht wurde nicht gepflogen und der Sektionsleitung Entlastung für die Verwaltung des Agitationsfonds erteilt.

Nun erhielt Karl Klose das Wort zu seinem Bericht vom Verbandstag. Speziell die Beitragsfrage erörterte er eingehender. Hieran knüpfte sich eine längere Aussprache. Alle Redner bedauerten, daß die Vorlage über die beabsichtigte Beitragserhöhung nicht so zeitig bekanntgegeben wurde, um vorher den Mitgliedern eine Stellungnahme zu ermöglichen. Sie waren aber sämtlich mit der Erhebung eines Ortsaufschlages von 5 Pfennig einverstanden. Auch die Versammlung gab hierzu mit hoher Mehrheit ihre Zustimmung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn vier Treppen...

M. 100. Geldstrafe bis zu 1000 M. oder Haft bis zu sechs Wochen...

Wöchentliche Marktberichte der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.

Unions-Krankenkasse der vereinigten Lohndiener z. Berlin.

Die neue Krankenordnung ist im Druck erschienen und wird jedem Mitglied durch den Arbeitgeber zugestellt werden.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuss.

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden...

Buchhandlung Vorwärts.

Lindenstraße 60 (Laden). Ansichtskarten von der Tschj.-böhmisch. Schweiz und dem Riesengebirge...

Spezialarzt Dr. Homeyer.

Gaut., Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintranke jeder Art...

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Jedes Heft 20 Pf.



Zahnarzt Carl Goldschmidt, Neudöln, Bergstraße 159.

Bruchbandagen Leibrinden, Geradhalter, Irrigatoren, Spritzen etc.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5. Tabak-Großhandel und Tabakfabrik.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen...

Verkäufe.

Teppiche: Großer Salon-Ausverkauf, Prachtvolle Stimmteppiche...

Geschäftsverkäufe.

Grüßens. Verkauf, weil zu alt. Ebit., Gemüsegarten, 150/00 Markt...

Möbel.

Ohne Anzahlung den Barverkaufen beim Möbelkauf weitgehendste Zulagen...

Kaufgesuche.

Jahresgebisse, Goldschmied, Silberarbeiten, Platinarbeiten...

Wohnzimmer.

Wohnzimmer jeder Holzart, Küchen, Schlafzimmern, Speisestuben...

Fahrräder.

Preisfahräder, Halbrenner 20,00, Damenräder, Schradler, Beberler 42...

Musikinstrumente.

Krause-Pianos und Klänge, erstklassiges Harmonium, auch gebrauchte...

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger und Fortgeschrittene...

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herren auch Damen, Prinz-Anlage 69, zwei Treppen links...

Mietgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer, allein, bis 16. inklusive...

Arbeitsmarkt.

Kräftige Arbeiter für Eisenlager verlangt, Wohnungen bei Hpt., Bismarckstraße...

Stellenangebote.

Tüchtiger Marmorstukkateur bei freier Hin- und Wiederreise...

Kesselschmiede für Dampfkessel.

Brückenbauten Eisenkonstruktionen gesucht, Gutes Gehalt, Dauernde Beschäftigung...

Vermietungen.

Wohnungen. Sonnenburgerstraße 27, ein- und zweizimmerige Wohnungen...

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gesperrt: für Nordmager: Stralauer Glashütte...

Parteiangelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr finden sechs Quartals- versammlungen statt, die sich mit der Stellungnahme des Parteitages zu Würtzburg beschäftigen werden. Siehe Annonce. Mitglieds- buch legitimiert.

Donnerstag, den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr, findet vom Lesesaal der 6. Abteilung auf dem Fichte-Turnplatz Kaffeelocher statt. 1/2 Liter 20 Pf. Milch ist mitzubringen.

Sechster Wahlkreis.

Die Genossinnen der 11. Abteilung veranstalten am 23. Juli eine Dampferpartie nach Woltersdorfer Schleuse, Restaurant Bellevue. 5 bis 6 Uhr abends 0,50 M., Kinder 0,25 M. Treffpunkt morgens 8 Uhr Jannowitzbrücke, Heederei Robling.

Potsdam. Nachabend findet morgen, Mittwochabend, in allen Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Am Morgen.

Am Morgen, wenn in der Friedrichstraße die Kaffeehäuser geschlossen werden und Berlin-W den Zeitungsfrauen und den Bäckerinnen gehört, dann wird es in den proletarischen Vierteln lebendig. Aus den großen steinernen Kolossen, aus den Mietkasernen, über die Schwellen, auf denen das Elend hoch, treten Proletarierfrauen und Männer heraus, halb- wüchsige Burschen und Mädchen und Greise. Auf allen Gesichtern liegt ein müder Zug. Was sind die meisten und unterernährt und ihre Körper zeigen die Spuren der Fabrik- arbeit von heute.

Ein drängender Strom lebendiger Menschen bewegt sich durch graue, eintönige Häuserreihen, deren abwechselungslose, gleichmäßige Fassaden den Proletariervierteln ihr Gepräge verleihen. Keine Kontraste weist dieses Straßenbild auf. Keine feierlich-schönen Unterzüge, keine verflatternden Parfüms — nur die hastenden Tritte der Arbeiterbataillone drängen an unser Ohr. Das alles sind Zeichen der Zeit.

Sie und wieder nur fliegt ein Lächeln über einen oder des anderen Gesicht. Woran sie wohl denken mögen? An die Arbeit? — wohl kaum. Oder an den kommenden Sonntag oder an den Siegeszug des Proletariats?

Auf den Stadtbahnhöfen zu einem dichten Menschenhaufen zusammengedrängt warten sie auf diezüge, die sie zu den großen Fabriken bringen sollen, zu Siemens und Loewe, nach der A. E. G. und den anderen, größeren und kleineren Arbeits- häusern oder in die Geschäftsgegenenden der Stadt.

Schon sind die Abteile zum Erdrieten voll. Doch immer noch mehr drängen hinein. Mancher steht auf einem Fuß, mit dem andern kommt er nicht mehr zur Erde. Andere kramern sich an das Gepäckregal und wieder andere stützen sich auf die Schultern der Sitzenden. Und immer noch mehr kommen hinzu.

Kum rollt der Zug. Immer heißer wird es im Abteil, immer schlechter wird die Luft. Und alle leiden darunter: schwangere Frauen und bleichsüchtige Mädchen und die anderen, die ihren Platz geben möchten den Bedürftigeren.

Zimmer weiter rollt der Zug; von Bahnhof zu Bahnhof, dann wieder ein Knack — endlich befreit! Und wieder ergießt sich ein langer Menschenstrom durch die Straßen und mündet zwischen rauchenden Schloten.

Bald werden die Fabrikttore sich schließen. Und wenn die Reichen behaglich ihren Morgenkaffee schlürfen, dann sieht das Proletariat und schafft und schafft — damit die Reichen leben können.

Wie lange noch?

Die Blumenwiese im Viktoriapark.

Wenn wir vom Kreuzbergdenkmal oder von den zahl- reichen Punkten des herrlichen Viktoriaparkes, die einen Aus- blick auf das ehemalige jetzt ebenfalls mit schönen Anlagen bedeckte Aufmarschgelände ermöglichen, unseren Blick nach Nordwesten richten, sehen wir, daß das Grün der Rasen- flächen der neuen Anlagen an einer Stelle durch mehrere große leuchtende Farnelecke unterbrochen wird, die von der Ferne aus in ihrer eigenartigen Farbenkomposition einen besonders wohlthuenden und harmonischen Eindruck auf das Auge ausüben. Wir gehen näher hinzu und erblicken dort zu beiden Seiten des Weges, der den alten Viktoriapark mit der Monumentenstraße verbindet, auf der halben Höhe des einstigen Aufmarschgeländes eine entzückende Blumenanlage, die ungefähr einen Morgen Landes bedeckt. Und wir nehmen dann die einzelnen Blumen, die jetzt bis auf einige erst später er- blühende in vollster Blüte stehen, näher in Augenschein, so sehen wir zu unserer Überraschung und Freude, daß es zum größten Teil deutsche Gartenblumen sind, die in der letzten Zeit durch viele farbenprächtige und prunkende Einwanderer in den Hintergrund gedrängt worden sind und die immer mehr aus Gärten und Anlagen verschwinden. Die Blumen werden im Frühjahr einfach in das Land ausgesät und blühen, ohne daß man besondere Anstalten zu ihrer Pflege und Wartung zu treffen hat, den ganzen Sommer hin- durch in voller Pracht und Mannigfaltigkeit.

Ja da sind sie alle, die lieben Blumen, die manche nase- rümpfend mit der Bezeichnung „Bauernblumen“ abtun möchten. Es sind alles einjährige Blumen. Da stehen schöne Glockenblumen, dort die hübsche blaue Winde, die Kapuziner- kresse, entzückende Rohnblumen mit allen ihren zum Teil ge- füllten Spielarten, von denen einige besonders prächtigen Riesennelken gleichen, Lupinen, der eigenartige sogenannte Drauchroggen mit dem weichen Kranz im roten Felde, Frauenkraut, roter Wein, mehrere Lupinenarten usw. usw. Ja selbst die Ringelröschen fehlen nicht. Und was für herrliche und eigenartige Blüten kann man bei diesen „Bauernblumen“ entdecken! Welche noch so prächtige Pflanze kann es mit dem entzückenden Farbenspiel der kleinen Nemosa strumosa oder des Leptosiphon roseus aufnehmen? Hunderte von Gallert umschweben dieses Blütenfeld.

Und bei näherer Betrachtung der Anlage sehen wir, daß die Blumen nicht wahl- und planlos hier ins Land gesät worden sind. Zu beiden Seiten des Weges, den man sehr hübsch den „Blumentweg“ nennt, ziehen sich die kleinsten und zierlichsten Blumenarten hin, ihnen schließen sich dann terrassen- förmig höhere und dann zuletzt die höchsten einjährigen Blumen- arten wie Rohn usw. an. Und immer sind Blumen von dem- selben Farbenton wie blaue und rote zu einem größeren

Farbentönen bereinigt, und damit keine Eintönigkeit entsteht, tritt zur Abwechslung immer wieder ein gelber oder weißer Ton dazwischen. Auch aus dieser Anordnung können viele lernen, wie sie am schönsten und wirkungsvollsten in ihrem Gärtnchen oder Laubengarten die „Bauernblumen“ anzupflanzen haben.

Der Ladenschluß am Abend und am Sonntag.

Viele Inhaber offener Verkaufsstellen sind der irrigen Meinung, daß sie Sonntag nach Eintritt der Schlußzeit die anwesenden Kunden noch bedienen dürfen. Sie glauben sich dafür auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung be- rufen zu können, die über den Ladenschluß an den Abenden der Hochentage ergangen sind. Es heißt nämlich in dem hierfür grundlegenden § 139a der Gewerbeordnung, nachdem er über den Reunruhenschluß im Ladenschluß bestimmt: „Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.“

Das Kammergericht hat aber in ständiger Rechtsprechung bis in die neueste Zeit daran festgehalten, daß im Gegensatz zu dieser für den abendlichen Ladenschluß gegebenen aus- drücklichen Bestimmung die Vorschriften über die Sonntagsruhe ein Bedienen der bereits anwesenden Kunden über die vorgeschriebene Zeit nicht zulassen. Nach der Judikatur des Kammergerichts umfaßt ein solches nach Ein- tritt der Sonntagsruhe unzulässiges Bedienen eines an- wesenden Kunden auch den Fall, daß das Kaufgeschäft mit der Waage abgegeschlossen wird, daß der Geschäftsmann die Ware nachher abliefern.

Gegen die öffentlichen Gesangsaufführungen in städtischen Parks.

wie sie kürzlich im Humboldtpark und am Sonntag im Schillerpark stattgefunden haben, veröffentlichten „Post“ und „Deutsche Tages- zeitung“ eine gleichlautende Zuschrift unter der Überschrift: „Reiserviert für die Sozialdemokratie“, in der diese gesanglichen Aufführungen als „ausgesprochene sozialdemokratische Agitations- und Agitation“ demagogiert werden. In der Zuschrift heißt es u. a.:

„Die Sänger waren sämtlich organisierte Genossen, zum Teil mit roten Kellen geschmückt, während andere Genossen im brüderlichen Verein mit den städtischen Parkwächtern die mittlere Terrasse für die roten Sänger abgesperrt hielten und so eine förmliche Ordnungspolizei organisiert hatten. Unser Gewährs- mann wurde, als er die untere Terrasse besetzen wollte, von einem roten Ordner daran gehindert, und als er sich protestierend an die Parkwächter des Magistrats wandte, erklärten diese, daß heute die Terrasse für die „Roten“ reserviert sei.“

Und die Agitation läßt ihre Wirkung in den Kreisen, für die sie berechnet war. Bei dem Abzug der Sängergenossen ertönten brausende Beifallsandgebungen, vermischt mit einzelnen Hoch- rufen auf die Internationalen. Von den Beschäftigten, die nach dem Verlassen der Menge an dem jacten Blumen- und Pflanzen- flor des städtischen Parks angedrückt waren und von der wenig wahrerwollenen Verdrängung der übrigen Parkbesucher und auch anderer Vereine von der Parkterrasse (bevor die roten Sänger an- traten, mußten alle übrigen Parkbesucher die Terrasse räumen) sei lieber geschwiegen. Übrigens war das Bild keineswegs, das sich hier auf städtischem Grund und Boden und unter Teilnahme städtischer Angestellten und Parkbeamten abspielte.

Wie wir hören, sollen diese öffentlichen Gesangskonzerte ständige Propagandaeinrichtungen der sozialdemokratischen Partei bleiben und bereits an den nächsten Sonntagen in anderen städtischen Parks ihre Fortsetzung finden.“

Aus dem Inhalt der Zuschrift geht hervor, daß den Verfasser eine grenzenlose Wut gegen unsere Partei leitet. In dieser Ver- fassung kann er nicht einmal ein schönes Lied vertagen, wenn es von Arbeiterjüngern vorgetragen wird, denn die Lieder, die im Humboldtpark und im Schillerpark gesungen worden sind, sind keine ausgesprochenen Parteilieder, allerdings auch nicht hurrapatriotische wie „Deutschland, Deutschland über alles“ oder „Heil dir im Sieger- kranz“.

Schließlich sind städtische Anlagen und Parks nicht nur für Jungdeutschlandkinder da, sondern für die gesamte Bürgerschaft. Und die Arbeiterschaft in Berlin bildet die große Masse der Bürger- schaft, die durch ihre Arbeit und ihren Fleiß erst das hat schaffen helfen, was Berlin heute besitzt. Und diesem Grunde hat es nur selbstverständlich, daß auch den Arbeitern städtische Anlagen zur Verfügung gestellt werden. Man sollte den Arbeiterjüngern Dank wissen für die Vereinnahmung, mit schönen Liedern breite Volks- massen zu erfreuen. Die Jährlinge haben ihren Dank auch an Ort und Stelle zum Ausdruck gebracht, nur dem Scharfmacher in der „Post“ und der „Deutschen Tageszeitung“ paßt das nicht. Lassen wir ihm sein Vergnügen.

Ein Baum umgefallen.

Mehrere Personen verletzt.

Gestern mittag gegen 12 Uhr schlug plötzlich eine an der rechten Seite der Nationalgalerie zwischen den Statuen am Säulengange stehende alte hohe Kiefer um und verletzte zwei Kinderwärtinnen und ihre Schutzbesolenen, die wegen der glühenden Sonnenstrahlen im Schatten des Baumes standen, schwer. Am unglücklichsten kam das sechzehnjährige Kinderfräulein des Juweliers Lampe aus der Gontardstraße, Hedwig Krutz, davon; ihm wurden mehrere Rippen gebrochen, von denen zwei in die Lungen eindringen und Lebens- gefahr herbeiführen. Eine alte Dame, die ihre beiden Enkel, Kinder des Kaufmanns Platauer aus der Rosenthaler Straße, beaufsichtigte, erlitt einen schweren Schädelbruch, ein kleiner Junge einen komplizierten Beinbruch und ein kleines Mädchen einen leichten Oberschenkelbruch, aber ernstere Kopfverletzungen.

Trotzdem der Baum in vollem Grün stand, stellte es sich her- aus, daß er an seiner Wurzel und an der Rinde dicht über der Erde vollständig durchgefällt war und sich das Holz bereits in eine schwammige Masse verwandelt hatte. Mit seinen schweren Ästen hatte er einen Arm von dem vierstimmigen Scharfmacher ab- geschlagen und die Skulptur der Augenspielerin gestreift, ohne sie jedoch ernsthaft zu beschädigen. Bis in die Nachmittagsstunden hinein war die Unfallstelle von zahlreichen Passanten dicht um- lagert.

Benzinexplosion auf einem Motorboot.

An der Oberbaumbrücke auf der Obersee ereignete sich Sonntag- abend gegen 12 Uhr auf einem Motorboot, das etwa dreißig Aus- flügler nach Berlin zurückführte, eine Benzinexplosion. Es gelang, alle Passagiere zu retten, doch hatten mehrere von ihnen erhebliche Brandwunden erlitten. Von einem Augenzeugen wird und berichtet: „Der Kapitän des Motorbootes Neumann beging die große Unvor- sichtigkeit, beim Nachfüllen von Benzin ein Streichholz anzu- zünden. Sofort erfolgte eine furchtbare Explosion, die weißlich hörbar war. Eine nicht zu beschreibende Panik entstand. Alle Personen versuchten über Bord zu springen. Sie wurden aber

davon abgehalten. Der Bootsführer sprang mit noch vier anderen Personen über Bord und rettete sich durch Schwimmen. Die Mannschaft des an der Treppentreppe liegenden Dampfers „Siegeskraft“ der Heederei Robert Ried, Berlin, bemerkte die Gefahr und dampfte sofort zur Unfallstelle. Sie ließ sofort ihre Dampfpritze „anlaufen“. Es muß als ein besonders günstiger Umstand bezeichnet werden, daß dieser Dampfer, der mit einer Dampfpritze ausgerüstet ist, sofort zur Stelle war und energisch eingriff. Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß das Motor- boot „Gustav“ und mit ihm die Fahrgäste sämtlich gerettet werden konnten.“ Das Motorboot „Gustav“ wurde zur Beförderung von Personen benutzt und faßt kaum 40 Personen.

Eine heftige Explosion.

Bei der zum Glück nur eine Person unerblich verletzt wurde, er- eignete sich gestern früh in der Braundenburgstraße. Auf dem Grund- stück Nr. 75 befindet sich die Schraubenfabrik und Fassonberei- von F. Waage. Als der Pförtner zur gewohnten Zeit, kurz vor 7 Uhr, in einem Kellerraum des Vorderhauses Licht anzünden wollte, gab es eine heftige Explosion. Die Wände und die Decke des Kellers wurden zerstört, und im Vorderhaus zertrümmerten mehrere Fensterscheiben. Der Pförtner erlitt an beiden Händen Brandwunden, die sich aber als nicht schwer erwiesen. Die Ursache der Explosion ließ sich noch nicht feststellen. Es wird angenommen, daß sich Benzinge- gas entwickelt haben und diese, als der Pförtner Licht anzünden wollte, zur Explosion gelangten. Der Betrieb der Fabrik erleidet hierdurch keine Störung.

Aus Not in den Tod.

Arbeitslosigkeit und Nahrungsmangel haben zwei Männer in den Tod getrieben. In der Wasserhausener Straße 4—5 wurde der 53 Jahre alte Bureaubedienter Adolf Franke von seiner Witwe er- hängt aufgefunden. Franke, der ein möbliertes Zimmer bewohnte, hatte vor vier Wochen seine Stellung verloren und war nun, da er keine Erparnisse besaß, weder in der Lage die Miete zu entrichten, noch seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. In der Verzweiflung griff er gestern zum Strick und erhängte sich. — In der Wittenwalder Straße 54 hat sich der 54 Jahre alte frühere Maler August Freder mit Leuchtgas vergiftet. Freder bewohnte in dem Hause eine Stube im Keller. Da er keine häusliche Arbeit in seinem Beruf finden konnte, machte er Gelegenheitsarbeiten. Einige Part verdient er in einer Lungenheilung, die sich im selben Keller befand. Der Händler hatte aber wegen seiner schlechten Ge- schäfte ausziehen müssen. Freder, der jetzt nicht mehr wußte, wie er das notwendige verdienen könnte, ging durch ein Fenster in den leerstehenden Lumpenkeller, drehte hier den Gasfaß auf und ver- giftete sich so.

Aus dem Fenster gestürzt.

ist in der Nacht zum Montag der 26 Jahre alte Arbeiter Blasius Hofmann, der in der Soldiner Straße 28 in Schloßstraße wohnt. Hofmann kam in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr angetrunken nach Hause. Er legte sich in sein Bett, erhob sich aber wieder um 1 Uhr, um aus dem Fenster der Stube im vierten Stock auf den Hof hinabzusehen. Die Fensterbrüstung ist ziemlich tief und ging dem sehr großen Mann nur bis zu den Oberschenkeln. Als er sich nun hinauslehnte, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den gepflasterten Hof hinab. Der dünne Fall wurde von mehreren Hausbewohnern gehört. Als sie mit einer Lampe den Hof ab- suchten, fanden sie Hofmann tot daliegend. Die benachrichtigte Polizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schauhaus bringen.

Autounfall in Treptow.

In der Neuen Krugallee in Treptow ereignete sich gestern nach- mittag ein schweres Autounfallunglück. Der Chauffeur eines Ge- schäftsautomobils wollte einem Radfahrer ausweichen, fuhr aber dabei an einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß der Geschäftswagen umkippte und auf den Bürgersteig fiel. Ein kleines Kind, das zufällig vorüberging, geriet unter den Wagen und wurde getötet. Der Chauffeur stürzte auf die Straße und brach sich bei dem Fall beide Beine. Auch der Radfahrer, der mit angefahren worden war, wurde von seiner Maschine gerissen und zog sich bei dem Sturz Hautabschürfungen und Lutschnungen zu.

Luftmord an einem vierjährigen Mädchen in Neukölln.

Ein entsetzliches Verbrechen ist gestern abend in Neukölln ent- deckt worden. Dort ist in der Nacht zum Sonntag das vierjährige Tochterchen Margarete des Eisenbahnarbeiters Rapp aus der Warthestraße 13 zu Neukölln von einem Wüstling ermordet und die Leiche in dem Garten desselben Grundstücks vergraben worden. Der Täter ist der 27 Jahre alte Stellmacher Paul Beschändig, der ebenfalls in dem Hause Warthestraße 13 wohnte.

Über die schreckliche Schandtat, die in dem Hause Warthe- straße 13, aber auch in dem ganzen Stadtviertel so große Erregung hervorrief, daß es der Kriminalpolizei nur mit Mühe gelang, den Mörder, an dem die furchtbare erregte Menge Lynchjustiz üben wollte, aus dem Hause nach dem Polizei-Präsidenten in Neukölln zu bringen, wird berichtet: Am Sonnabend abend gegen sieben Uhr hat das vierjährige Tochterchen die Mutter, auf der Straße noch eine Weile spielen zu dürfen. Als dann bald darauf die Mutter die Kleine wieder heraufholen wollte, war sie nirgends zu finden. Mittlerweile nun hatte sich eine Frau aus dem Hause gemeldet und bekundete, daß sie gesehen habe, daß der Stellmacher Paul Be- schändig mit dem Kinde über den Hof gegangen sei. Sie selbst habe sich zunächst dabei nichts gedacht, doch komme ihr diese Wahr- nehmung jetzt verdächtig vor. Auch die Eltern und anderen Haus- bewohner schöpften Verdacht und schließlich entschloß man sich gestern nachmittag um fünf Uhr dazu, eine entsprechende Anzeige bei der Polizei zu machen. Es erschienen sogleich einige Kriminalbeamte, die eine Hausdurchsuchung bei Beschändig vornahmen und diesen ver- hörten. Als sich noch mehr Verdachtsmomente einstellten, wurde die Kommissionskommission benachrichtigt. Eingehend ins Gebet genommen, gab Beschändig schließlich auch zu, die Kleine ermordet und im Garten vergraben zu haben. Sagte aber gleich, daß er die Tat nicht allein begangen habe, sondern in Gemeinschaft mit seinem Freund Werner. Ueber das schreckliche Verbrechen gibt er folgende Darstellung: Am Sonnabend abend sei er stark betrunken nach Hause gekommen. Als er das kleine Mädchen vor der Tür spielen gesehen habe, habe er es an die Hand gefaßt und mit in seine Wohnung genommen. Das Mädchen sei ohne weiteres mitgegangen, weil es ihn kenne. In der Wohnung habe er dann mit Werner, dem er seit einiger Zeit Obdach gewährt haben will, sich an dem kleinen Besen vergangen. Um aber nun ihr Opfer aus dem Wege zu räumen, habe er es zusammen mit Werner erzwängt. Sie hätten sich dabei einer ziemlich starken Zunderschnur, etwa von der Dicke einer Gardinenschnur bedient. Werner habe dann das Haus ver- lassen. Er sei dann in der Nacht nach dem Garten, der an seine Wohnung, die im Erdgeschoß liegt, anstößt, gegangen, habe hier ein ungefähr 1/2 Meter tiefes Loch gegraben und darin die Leiche vergraben. Nach dieser Befragung wurde der Garten nachgegraben und tatsächlich fand sich auch die kleine Leiche. Beschändig ist ver- heiratet, seine Frau und sein sechsjähriger Sohn sind seit acht Tagen zu Verwandten vertrieben.

Der Leichenfund in der Seefstraße.

Zu der Auffindung der Frauenleiche auf dem Laubengelände in der Seefstraße wird weiter berichtet, daß es bisher noch nicht gelungen ist, die Persönlichkeit der Toten festzustellen.

Unter dem dringenden Verdacht des veruchten Mordes wurde der 49 Jahre alte Arbeiter M. Trieb verhaftet. Frau Trieb besorgt seit zehn Jahren die Aufwartung bei einer Verkäuferin Frau W. in der Michaelstraße 18.

Aus der Spree gefolgt wurde gestern vormittag am Schleusenufer die Leiche eines unbekanntes Mannes von etwa 35 Jahren. Der Tote ist 1,70 Meter groß und schlank, hat einen roten Schnurrbart, ein breites Gesicht, eine dicke Nase, einen großen Mund und große Ohren.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen hat sich am gestrigen Montagvormittag im Stadtteil Moabit ereignet. Kurz nach 10 Uhr fuhr an der Ecke der Rathenower und Verlegerer Straße der Triebwagen 1261 der Straßenbahnlinie 6 gegen den Vorderperson eines die Kreuzung an jener Stelle passierenden Waggons der Ringlinie 8.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern mittag die 8. Kompanie nach der Kopenhagener Straße gerufen. Mit mehreren Schlauchleitungen der Motorpumpen wurde über die verqualmten Treppen und eine mechanische Leiter angegriffen.

Beim Baden ertrunken. Im Tegeeler See ereigneten sich vorgestern wieder mehrere Unfälle beim Baden. Gegen 12 Uhr mittags ertrank in der Nähe des Hochhauses ein ungefähr 15- bis 16-jähriger junger Mann.

Im Theater Holles Caprice wird trotz der Hundstagshitze ruhig weiter gemimt. Der in einer Hochzeitsnacht spielende Schwank „Das Bett Napoleons“ ist auf dem Repertoire geblieben, weil es doch zu platt ist, zu hören, wenn sich ein junges Ehepaar in der Hochzeitsnacht auf der Hochzeitsreise darum freit, ob in dem Hotelbett wirklich nach Versicherung des Hotelwirts Napoleon geschlafen haben kann oder nicht.

Neuigkeiten. Diejenigen Personen, die am 10. Juni vormittags gegen 11 Uhr den Streit zwischen einer Frau und einem Schaffner der Omnibuslinie 22 mit angesehen haben, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Gieshard, Urbanstr. 25, abzugeben.

Vorortnachrichten.

Neukölln. Städtisches Badewesen. Welch außerordentlich dringendem Bedürfnis die Errichtung der städtischen Badeanstalt entspricht, zeigen die bisherigen Besucherzahlen. In der Eröffnungswoche vom 22. bis 31. Mai wurden die Bäder von 10 347 Personen, im Monat Juni von 43 409 Personen in Anspruch genommen.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich Montag nachmittag gegen 1/4 6 Uhr in Neukölln. Dort versuchte der Arbeiter Otto Boehlke aus der Schönhauser Allee 138 an der Ecke der Berg- und Steinmetzstraße während der Fahrt auf einen Straßenbahnwagen der Linie 47 zu springen.

Wilmersdorf-Palastes. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Am vorigen Donnerstag hielt der Wahlverein Wilmersdorf seine außerordentliche Mitglieder-

gliederversammlung ab. Genosse Wächter referierte über den Parteitag in Würzburg und die jüngsten politischen Ereignisse. Zunächst äußerte sich der Referent über das Eigenbleiben beim Kaiserhoch. Früher habe man hinter den Sozialdemokraten hergelaicht und sie verpöthet, wenn sie vor dem Kaiserhoch den Saal verließen.

Lichtenberg. Ein Automobilunfall ereignete sich Sonntag nachmittag in der Hauptstraße. Als dort mehrere Kinder auf dem Bürgersteig entlang gingen, kam plötzlich aus dem Haus für des Hauses Nr. 5 ein Automobil herausgefahren.

Weißenhof. Mitgliederversammlung. In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Gen. Wuschel über das Thema: Die Justiz im Dienste der Politik. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bernas. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die wenig soziale Interesse die bürgerlichen Stadtväter besitzen, bewies die Ablehnung der Magistratsvorlage, welche den Buchdruckern zum Besuch der Wagera in Leipzig eine Beihilfe von 50 M. gewähren wollte.

Notawald. Ferienspiele. Die weiblichen Mitglieder des Wahlvereins unternehmen am Donnerstag, den 23. d. M., wiederum einen Ausflug mit Kindern, und zwar geht es diesmal zu Fuß über Köhlbrandbrück nach Wannsee, wo nach vorheriger kurzer Rast in einem Volat Spiele im Walde veranstaltet werden.

Potsdam. Die Erhöhung der Krankenhauskosten abgelehnt. Die Pflegesätze in den Potsdamer Krankenhäusern einschließlich Hermannswerder betragen für die dritte Klasse 2,50 R. Auf Antrag des Magistrats erhöhten die Krankenhäuser diesen Satz auf 2,75 R.

Witterungsbericht vom 20. Juli 1914. Stationen: Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. g., Temp. u. d. n. Stationen: Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. g., Temp. u. d. n.

nicht angenommen werden, daß das gute Herz der Stadtverordneten für die Vermögen der Armen ausschlaggebend gegen die Vorlage war. Dies war nur dem Umstande zuzuführen, daß durch die Erhöhung der Pflegesätze eventuell eine Erhöhung der Krankenhausbeiträge eintreten könne.

Beim Baden ertrunken ist der 20-jährige Metallarbeiter Walter Schmitt, der mit einem Freunde in der Bodanfall des Artillerie-Regiments in Reddy badete. Während er seinem Freunde noch zurief, er möge ihm die Hand reichen, versank er und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Aus aller Welt.

Riesenbrand auf einer Hamburger Werft.

Auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg gerieten gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr die hölzernen Unterstüßungen des für Rechnung der Werft im Bau befindlichen Dock in Brand. Das Feuer griff in rasender Geschwindigkeit um sich, so daß leider nicht alle Arbeiter flüchten konnten.

Dreihundert Menschen in Todesgefahr.

Am Sonntagnachmittag brach auf dem Hudsonsdampfer „Massachusetts“, welcher 300 Passagiere an Bord hatte, ein Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit verbreitet hatte, und alsbald das ganze Oberdeck ergriff. Der Dampfer brannte bis zur Wasserlinie ab.

Kleine Notizen.

Automobilunfall. Gestern nacht 8 Uhr fuhr ein mit sieben Personen besetztes Automobil auf einer abschüssigen Straße in der Nähe von Dortmund gegen einen Baum. Sämtliche Personen wurden schwer verletzt.

Grubenexplosion. Sonntagnacht erfolgte nach einer Meldung aus Salzburg in dem Goldbergwerke im Kathausberge am Löffelde eine Explosion von Grubengasen, durch die elf Arbeiter getötet wurden. Die Leichen sind sämtlich geborgen.

Touristenunfall. Von der großen Schiererspitze im Groednertal sind zwei führerlose Touristen, die Fabrikanten Hugo Köhler und Georg Beutmann aus Chemnitz, abgestürzt. Beide sind tot. Die Leichen sind geborgen und nach Wolfenstein gebracht worden.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, finden auf dem neuen städtischen Sportplatz an der Grenzallee die Eröffnungsspiele statt. Der neue Platz wird Dienstag und Donnerstag benützt unter Beibehaltung des Plazes an der Gengerstraße.

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Juli 1914.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. g., Temp. u. d. n. Rows include: Eimweide, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien.

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Juli 1914.

Zunächst ziemlich heiter und sehr warm bei lebhaften südlichen Winden; nachher zunehmende Bewölkung mit Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag; Nebel sehr warm. Im Süden langsame Erholung.

In allen übrigen Gebieten noch größtenteils heiter; reichweise Gewitter.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with columns: Wasserstand, am 19.7., seit 19.7., Wasserstand, am 19.7., seit 19.7. Rows include: Ramei, Ullt, Regal, Zutterburg, Weichsel, Thon, Ober-Kathbor, Krossen, Jeanfurt, Barthe, Schirm, Rege, Vordamm, Elbe, Leitzwerz, Dresden, Borsb, Magdeburg.

+ bedeutet Wunsch. - Fall. - Unterpegel.

Einige Goldstücke in einem Koffer? Ein Koffer mit Goldstücken? Ein Koffer mit Goldstücken? Ein Koffer mit Goldstücken?